



# Inklusive Quartiersentwicklung



Erster Runder Tisch der Stiftung „Lebendige Stadt“  
am 8. April 2015 in Köln







## Vorbemerkung

Unzufriedenheit mit dem, was ist, und Sehnsucht nach dem Besseren waren die Triebkräfte für den Runden Tisch zum Thema Inklusive Quartiersentwicklung. Runde Tische haben sich bewährt, wenn es um grundsätzliche gemeinsame Positionsfindung bei vielfältig unterschiedlichen Sichtweisen, Bewertungen und Einschätzungen geht. Ernst genommen sind sie ein zutiefst demokratischer Ansatz, um Ziele und Wege kommunaler Entwicklungen zu finden. Für das Handeln der Stiftung „Lebendige Stadt“ hat der Begriff „Runder Tisch“ konstituierende Bedeutung. So war es Leipzigs früherer Oberbürgermeister und Stiftungsgründungsmitglied Wolfgang Tiefensee, der der Stiftung aufgrund ihrer vielfältigen Gremienmitglieder die Bedeutung eines „Runden Tisches“ für die Entwicklung der Städte analog zur Wendezeit in der früheren DDR beimaß.

Das Fremdwort Inklusion meint Einbeziehung. Durch die 2008 in Kraft getretene UN-Behindertenrechtskonvention international eingeführt, wurde inclusion – weniger bekannt als participation, also Teilhabe – infolge vielfältiger praktischer Bemühungen in Kindergärten, Schulen, Ausbildungsstätten und Sportvereinen inzwischen allgemein verständlich und ist inhaltlich zugeordnet. Der Begriff steht für das Miteinander von Menschen mit körperlichen und geistigen Behinderungen, wodurch auch immer sie verursacht wurden, und Menschen, die solche Behinderungen nicht haben. Es geht letztlich um Rücksichtnahme, Hilfestellung, Verständnis, Akzeptanz, Anerkennung, gelebt als eine soziale Selbstverständlichkeit. Behinderung wird somit im besten Fall nur „als Ausdruck menschlicher Vielfalt“ wahrgenommen, wie Albrecht Rohrmann es kennzeichnet<sup>1</sup>. Nicht mehr und nicht weniger. Aber sollte das nur in Bezug auf Menschen mit Behinderungen und nur im Schul- oder Sportbereich gelten?! Ist Inklusion der orientierende Schlüsselbegriff für gutes Miteinander aller?

Weil die Stiftung „Lebendige Stadt“ die Phänomene lebendiger Städte nicht als Menge isolierter Teilsysteme und ihrer Qualitäten begreift, sondern als ein integrierendes sozial-räumliches Ganzes, war es nahe liegend, aber nicht selbstverständlich, dass „Inklusive Quartiersentwicklung“ für den ersten Runden Tisch zum Thema werden konnte. Es handelt sich bei „Inklusiver Quartiersentwicklung“ um eine bisher wenig diskutierte, geschweige denn als Zielstellung in gesellschaftlicher Breite bewusste Thematik.

Als der Vorstandsvorsitzende diese Themenidee für den ersten Runden Tisch seinem Vorstandskollegium präsentierte, gab es eine intensive Diskussion. Inklusion als qualitatives Merkmal in Verbindung mit Stadt- und Quartiersentwicklung bringen zu wollen, erschien angesichts der gängigen Verortung des Begriffs nicht allen plausibel. Nicht jeder kannte die ganz konkreten Aktivitäten der Hamburger Initiative „Eine Mitte für Alle“. Das „Forum Q8 Altona“ der Evangelischen Stiftung Alsterdorf steht mit städtischen Behörden und privaten Investoren im sachlich pragmatischen Dialog, um verbindliche Realisierungschancen von Nutzungsqualitäten im aktuell geplanten Neubauquartier auf dem ehemaligen Hamburg-Altonaer Bahngelände festzulegen – aber eben nicht nur für behinderte Menschen, sondern für alle 7.000 Menschen, die dort einmal ihr Zuhause finden sollen.

Nach intensiver Auseinandersetzung mit den aktuellen konkreten, durchaus unterschiedlichvielschichtigen Erfahrungen, die unter dem Begriff „Inklusion“ vor allem in Schulen und im Sport

---

<sup>1</sup> Prof. Dr. Albrecht Rohrmann, Zentrum für Planung und Evaluation Sozialer Dienste, Universität Siegen. Vortrag am DifU, Berlin, am 24.11.2014: „Inklusion und die Behindertenrechtskonvention. Herausforderung für die Kommunen?“

gemacht wurden und werden einerseits, und mit dem aktuellen Stand der nimmer endenden Diskussion und Praxis zur Qualität von Stadt- und Quartiersentwicklung andererseits<sup>2</sup> stellte sich jedoch die Überzeugung ein, dass ein Runder Tisch „Inklusive Quartiersentwicklung“ nicht nur sinnvoll sein, sondern auch Chancen bieten könnte. Chancen für eine qualitativ bessere Stadt- und Quartiersentwicklung mit langfristiger Wirkung. Besetzt mit Vertretern der vorrangigen Zielgruppe der Stiftung, also mit Entscheidungsträgern und Experten aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft, würde eine solche Gesprächsrunde Erkenntnisse, Einsichten und möglicherweise vorhandenes „Best-practice“ breit kommunizieren, so die Hoffnung.

Die Überlegungen basierten auf einigen Grundgedanken: (1) Quartiere, wie auch immer jede Kommune sie definiert, haben im Hinblick auf die Ziele der Inklusion entscheidende Bedeutung für konkretes Leben in der Stadt. (2) Quartiere können als kommunalpolitisch und verwaltungsmäßig zentrale Handlungs- und Steuerungsebene gelten.<sup>3</sup> (3) Der Begriff „Inklusion“ sollte aus der einseitigen, letztlich isolierenden Begriffsenge „Menschen mit Behinderungen“, also dem Fokus der Behindertenrechtskonvention, herausgeführt und erweitert werden. Die Recherchen des Stiftungsvorstands zu den vielfältigen (kommunalpolitischen) Initiativen, Anträgen und Aktionsplänen, die diese in Deutschland 2009 von Bund und Ländern als Leitziel übernommene UN-Konvention auslöste, ließen viel guten Willen und ernste Absichten, aber Defizite im konkreten kommunalen Entwicklungshandeln erkennen. Das lag nicht allein an mangelnder finanzieller Förderung.

Nach einem vorbereitenden Brainstorming in Berlin formulierte die frühere niedersächsische Landesministerin für Soziales, Frauen und Familie, Gesundheit und Integration sowie Stiftungsratsmitglied Aygül Özkan treffend, was die Initiatoren des Runden Tisches unter „Inklusiver Stadtteil- bzw. Quartiersentwicklung“ idealerweise verstehen und welcher (uralte) Traum sie motivierte:

„Von einem inklusiven Stadtteil sprechen wir, wenn alle Menschen im Quartier selbstverständlich dazu gehören und niemand ausgeschlossen wird.

Für alle gelten die gleichen Rechte und Pflichten. Die Regeln des Zusammenlebens miteinander sind so aufgestellt, dass jede und jeder sie erfüllen kann – ggf. mit Hilfe.

Die Bedingungen im Stadtteil sind so gestaltet, dass jeder Mensch am Leben teilnehmen kann, unabhängig von seinen individuellen Fähigkeiten, seiner körperlichen Verfassung, seiner sozialen oder kulturellen Herkunft, von Geschlecht, sexueller Orientierung oder Alter.

Jeder und jede kann alle öffentlichen Angebote uneingeschränkt nutzen – ggf. mit entsprechender Unterstützung: Schallschutz, wenn Menschen besonders laut sind und andere davor geschützt werden müssen; Vermittlung, wenn Menschen sich nicht verstehen; Ebenerdigkeit oder Fahrstühle, wo Menschen keine Treppen steigen können; leichte Sprache und leichte Schrift, wenn Menschen dies zur Orientierung brauchen; Berücksichtigung verschiedener kultureller Herkunft, Informationen in mehreren Sprachen.

---

<sup>2</sup> Diverse Städtestudien, sowie Teilnahme am Difu-Seminar „Inklusive Quartiersentwicklung – Herausforderungen und Handlungsansätze“ am 24.-25.11. 2014 in Berlin, Kontakte zu den Projekten der Evangelischen Stiftung Alsterdorf („Q8-Quartiere bewegen“) u.v.m.

<sup>3</sup> Vgl. Nordmetall-Stiftung (Hrsg.): Wer organisiert das Soziale. Das Quartier als zentrale Handlungs- und Steuerungsebene in Hamburg, Hamburg, Oktober 2014

Zu einem inklusiven Quartier gehört neben einer barrierearmen Stadt- und Gebäudeplanung ein ausgewogenes Kommunikations-, Beteiligungs- und Kräfteverhältnis zwischen persönlichen, zivilgesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Interessen der verschiedenen Akteure."

In diesem Sinne wird „Inklusive Quartiersentwicklung“ nicht etwa als Orientierung für eine neue oder bereits existierende Fachplanung verstanden, sondern als eine das gesamte soziale und räumliche Quartier betreffende Zielqualität und als (Entwicklungs-) Maßstab für städtische Lebensqualität unter heutigen Rahmenbedingungen. Gemeint ist eine ideelle Basis für die Entwicklung lebendiger Städte. Es geht also um eine übergreifende, das Ganze und nicht nur seine Teile betreffende Wertschätzung. Ihr sollten sich letztlich alle irgendwie Beteiligten verpflichtet fühlen. „Verschiedenheit ist normal. Wir alle sind verschieden – zum Glück“, formulierte Adolf Bauer, Präsident Sozialverband Deutschland, am Runden Tisch.

Es war von Beginn klar, dass eine solche Zielsetzung, noch dazu in einem so erweiterten Sinn des Schlüsselbegriffs, nicht gleich in einer ersten Gesprächsrunde zu konkreten Handlungsempfehlungen führen würde. Vielmehr galt es, im Gesprächskreis auszuloten, ob und wenn, dann wo und wie „Inklusive Quartiersentwicklung“ kennzeichnend für aktuelle Entwicklungspraxis ist oder werden könnte. Geplant waren keine wissenschaftliche Konferenz und kein Fachseminar. Es ging um vielfältigen Gedankenaustausch.

So wurde durchaus auch kontrovers der scheinbare Gegensatz zwischen Ethik und Ästhetik in der Architektur und Stadtraumgestaltung in Bezug auf Barrierefreiheit debattiert. Inspiriert aus Japan, schlug Autor Frank Schätzing Design-Wettbewerbe für Rollstuhlfahrer-Rampen vor, gerade um dieser häufig diskutierten Kontroverse gerecht zu werden. Eine weitere konkrete Maßnahme schlug Fecht-Olympiasiegerin Britta Heidemann vor und führte Bewegungsparcours für Senioren in zentraler Wohnlage an, wie sie in China schon alltäglich sind.

Der Teilnehmerkreis am Runden Tisch war begrenzt. Dennoch waren die Positionen dispers und die zur Diskussion gestellte Thematik offensichtlich derart anregend, dass um einen inflationären Gebrauch des Wortes Inklusion gefürchtet werden musste. Das Protokoll der Gespräche am Runden Tisch spiegelt die Komplexität der Thematik und auch die (eher spontan geäußerte) Sichtweise der Teilnehmerinnen und Teilnehmer wider. Der Kreis setzt sich, wie ablesbar ist, nach höchst unterschiedlichen, aber mit „Inklusiver Quartiersentwicklung“ zentral befassten „Zielgruppen“ und „Experten“ zusammen.

Es wurde deutlich, dass „Inklusive Quartiersentwicklung“ eine Angelegenheit jeder einzelnen, konkreten kommunalen Entwicklungspraxis ist, aber auch eine Aufgabe der übergeordneten entwicklungspolitischen Rahmensetzungen in Bund und Ländern. Es wird sich zeigen, ob die Beiträge am Runden Tisch die Blicke für „Einbeziehung“ im bestehenden oder im zu konzipierenden Stadtquartier schärfen, im besten Fall gar der Impuls zu Neujustierungen entwicklungspolitischen Handelns mitgenommen werden konnte.

Die Stiftung „Lebendige Stadt“ bedankt sich bei allen, die an dem sonnigen Tag in Köln, nicht nur am Runden Tisch sitzend, engagiert diskutierten. Der Dank ist verbunden mit der Hoffnung, dass weiteres Nachdenken angestoßen wurde und Handlungsimpulse gegeben werden konnten. Ein allererstes Ziel wäre erreicht, wenn die lebendige Diskussion am Runden Tisch der Stiftung „Lebendige Stadt“ jeweils auch bei sich „zu Hause“ weitergeführt werden würde.

*Prof. Dr.-Ing. Dittmar Machule für den Vorstand der Stiftung „Lebendige Stadt“*







## Runder Tisch in Köln – Teilnehmerliste

Moderation: Dr. Hanspeter Georgi, Minister für Wirtschaft und Arbeit a.D., Saarland

### Teilnehmer:

Prof. Dr. Willi Alda, Universität Stuttgart  
 Michael Batz, Theatermacher und Szenograf  
 Adolf Bauer, Präsident Sozialverband Deutschland (SoVD)  
 Jan Bettink, Vorstandsvorsitzender Berliner Hyp AG  
 Friederike Beyer, Geschäftsführerin Beyer PR EVENT  
 Kirsten Bruhn, Leistungsschwimmerin; Paralympisches Gold 2004, 2008 & 2012  
 Dr. h.c. Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident a.D., Schleswig-Holstein  
 Olaf Cunitz, Bürgermeister der Stadt Frankfurt am Main  
 Lothar Flemming, Fachbereichsleiter Sozialhilfe, Landschaftsverband Rheinland  
 Arved Fuchs, Polarforscher  
 Gerhard Fuchs, Staatsrat für Stadtentwicklung und Umwelt a.D., Hamburg  
 Dr. Herlind Gundelach, MdB, Senatorin für Wissenschaft und Forschung a.D., Hamburg  
 Britta Heidemann, Olympiasiegerin 2008 im Fechten  
 Robert Heinemann, Senior Director ECE Projektmanagement GmbH & Co. KG  
 Dr. Agnes Klein, Dezernentin für Bildung, Jugend und Sport, Stadt Köln  
 Maik Klokow, Geschäftsführer Mehr! Entertainment GmbH  
 Dipl.-Ing. Kaspar Kraemer, Kaspar Kraemer Architekten BDA  
 Prof. Dr. Rainer P. Lademann, Geschäftsführer Dr. Lademann & Partner  
 Prof. Dr. Dres. h.c. Ursula Lehr, Bundesministerin a.D. und Vorstand BAGSO  
 Lutz Lienenkämper, MdL, Staatsminister a.D.  
 Dr. Eva Lohse, Oberbürgermeisterin der Stadt Ludwigshafen und Präsidentin des Deutschen Städtetags  
 Prof. Dr. Dittmar Machule, Em. Professor an der HafenCity Universität  
 Dr. Andreas Mattner, Präsident ZIA Deutschland  
 Alexander Otto, Vors. der Geschäftsführung ECE Projektmanagement GmbH & Co. KG  
 Aygül Özkan, Geschäftsführerin DB Kreditservice GmbH  
 Aydan Özoguz, MdB, Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin  
 Jürgen Roters, Oberbürgermeister der Stadt Köln  
 Prof. Dr. Johannes Schädler, Zentrum f. Planung & Evaluation Soz. Dienste, Universität Siegen  
 Dr. Thomas Schäfer, Minister der Finanzen, Hessen  
 Frank Schätzing, Schriftsteller und Autor  
 Bärbel Schomberg, CEO Schomberg & Co Real Estate  
 Prof. h.c. Dr. h.c. Fritz Schramma, Oberbürgermeister der Stadt Köln a.D.  
 Edwin Schwarz, Wirtschafts- und Planungsdezernent a.D., Frankfurt/ Main  
 Nurhan Soykan, Generalsekretärin Zentralrat der Muslime Deutschland  
 Dr. Bernd Thiemann, Aufsichtsratsvorsitzender Hypo Real Estate Holding AG  
 Dr. Michael Vesper, Generaldirektor Deutscher Olympischer Sportbund  
 Dr. Joachim Wieland, CEO, Aurelis Real Estate GmbH & Co. KG



## Runder Tisch in Köln – Mitschrift „Inklusive Quartiersentwicklung“



Dr. Hanspeter Georgi, Alexander Otto

### Dr. Hanspeter Georgi (Moderation):

„Sehr geehrte Frau Staatsministerin, sehr geehrter Herr Otto, liebe Gäste, herzlich willkommen zum ersten „Runden Tisch“ der Stiftung „Lebendige Stadt“ im Landschaftsverband Rheinland (LVR) in Köln. Der LVR passt ausgezeichnet zu unserem heutigen Tagungsmotto „Inklusive Quartiersentwicklung“. Er engagiert sich für eine inklusive Gesellschaft in allen Lebensbereichen. Als Repräsentanten des Landschaftsverbandes begrüße ich Herrn Flemming und möchte mich herzlich dafür bedanken, dass Sie uns diese Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt haben.

Lieber Herr Otto, wie sind Sie auf dieses neue Veranstaltungsformat gekommen?“

**Alexander Otto:** „Mich freut es ganz besonders, dass wir hier in diesem Kreise versammelt sind. Das Veranstaltungsformat „Runder Tisch“ hat für uns heute Premiere. Wir wollen aus der heutigen Tagung viele Erkenntnisse gewinnen, die wir in unsere Stiftungsarbeit einfließen lassen.

Wie sind wir auf das Veranstaltungsformat gekommen? Der Gedanke des „Runden Tisches“ geht auf einen Impuls unseres Kuratoriumsmitglieds Wolfgang Tiefensee zurück. Er ist seit Gründung der Stiftung Gremienmitglied und hat die Stiftung analog der „Runden Tische“ während des deutschen Einigungsprozesses als „Runder Tisch“ für unsere Städte bezeichnet. Während der Diskussionsrunden zur Deutschen Einheit kamen Akteure unterschiedlichster politischer Couleur, Professionen und Sichtweisen zusammen und haben ihr Know-how eingebracht. Ähnlich sind auch die Gremien unserer Stiftung zusammengesetzt. In der Vergangenheit haben wir in unseren Stiftungsratssitzungen aktuelle stadtrelevante Themen diskutiert. Jetzt wollen wir diesen Diskussionen mehr Raum geben und sie mit externen Experten weiter vertiefen.



Dr. Hanspeter Georgi, Alexander Otto, Aydan Özoguz, Dr. Andreas Mattner

Für unseren ersten „Runden Tisch“ haben wir das Thema „Inklusive Quartiersentwicklung“ gewählt. Inklusion wird aktuell insbesondere im Zusammenhang der Gleichberechtigung von behinderten und nicht-behinderten Menschen diskutiert. Dabei spielt das Thema insbesondere im Umfeld von Schule und Sport eine wichtige Rolle. Für uns hat „Inklusion“ aber deutlich mehr Tiefe: Menschen sollen unabhängig ihres Alters, Geschlechts, sozialer Stellung, etwaiger körperlicher oder geistiger Beeinträchtigungen, unabhängig von der Sprache, der Religion oder den Neigungen Zugang zu qualitativ hochwertiger Bildung, Arbeits- und Freizeitmöglichkeiten und auch hochwertigem Wohnraum haben. Dabei geht es nicht nur darum, physische Barrieren sondern vor allem auch geistige Barrieren abzubauen. Wichtig ist dabei die Akzeptanz der Unterschiedlichkeiten der Menschen.

Inklusion ist in dieser Hinsicht ein ganz wichtiges Thema, dem wir uns zunehmend in der Stadtplanung stellen müssen. Wir müssen sehen, wie wir in Deutschland inklusive Stadt- und Quartiersentwicklung betreiben. Daher freut es mich, dass es uns gelungen ist, heute so viele hochrangige Vertreter an einen Tisch zu bringen.

Mit der Stiftung haben wir uns diesem Thema noch nicht strategisch gewidmet. Aber es gab in den vergangenen Jahren schon mehrere Förderprojekte, die das Thema stark im Fokus hatten, u. a. in Freiburg. Dort gibt es den sozial schwachen Stadtteil Landwasser, der von einem hohen Migranten- und Seniorenanteil geprägt ist. Wir haben dort die Stelle eines „Stadtteilkümmers“ eingerichtet und finanziert. Er hilft dabei, Menschen zusammenzubringen und Projekte zu fördern, die von Menschen unterschiedlichen Alters und unterschiedlichen Hintergrundes gemeinsam wahrgenommen werden können.

Ein Projekt in dem Bereich „Pflegebetreuung“ ist der Nürnberger Weg. Ein Projekt, das wir gemeinsam mit dem Bundesfamilienministerium gefördert haben. Bei diesem Projekt ging es darum, nachhaltige Lösungen für die häusliche Versorgung älterer, pflegebedürftiger und behinderter Menschen zu finden.

Auch der Stiftungspreis hat sich mit dem Thema „Inklusion“ beschäftigt. Wir haben zum Beispiel die „Barrierefreie Stadt“ gesucht. Der Preis ging an die Stadt Schwerin, die die Bundesgartenschau

2009 zum ersten Mal barrierefrei gestaltet hat. Darüber hinaus hat die Stadt den Stadtteil Zitendorf neu und barrierefrei entwickelt. Wir hatten also schon einige Berührungspunkte mit „Inklusiver Quartiersentwicklung“.

In Hamburg haben wir mit Olympia 2024 momentan ein großes Projekt vor uns. Dort ist geplant, den Stadtteil „Kleiner Grasbrook“ neu zu entwickeln – eine große Chance für eine Quartiersentwicklung. Auch hier steht das Thema „Inklusion“ im Fokus. Es muss genau überlegt werden, was für einen Stadtteil man dort entwickelt. Wie wird dieser nach den Olympischen und Paralympischen Spielen aussehen und wie gestaltet man ihn inklusiv und nachhaltig? Wird das Quartier entsprechend gemischt genutzt und welche Bereiche werden am Ende wirklich der Bevölkerung zugänglich gemacht? Man muss sich mit diesen Themen schon im Vorfeld auseinandersetzen, um eine richtig gute Bewerbung abzugeben und dieses neue Quartier nachhaltig zu gestalten.

**Dr. Hanspeter Georgi:** „Frau Dr. Lohse, neben Ihrer Mitgliedschaft im Kuratorium der Stiftung „Lebendige Stadt“ sind Sie auch als Vize-Präsidentin im Deutschen Städtetag engagiert. Können Sie uns kurz darlegen, wie wichtig das Thema „Inklusion“ in den Städten ist?“



Dr. Andreas Mattner, Dr. Eva Lohse, Dr. Michael Vesper

**Dr. Eva Lohse:** „Aus meiner Sicht ist es ein wichtiges Thema, mit dem wir uns heute beschäftigen. „Inklusion“ ist weiter gefasst als „Integration“. Es ist ein weitergehender Begriff, der nicht nur besagt, wie wir Menschen integrieren können, sondern er besagt, wie wir aktiv Voraussetzungen schaffen können, diese Menschen zu inkludieren. Das ist ein Unterschied! Wir reden momentan in den Städten über „Inklusion“ in einem eingeschränkten Themenbereich – wie z.B. die gemeinsame Beschulung von nicht-behinderten und behinderten Kindern. Das ist ein wichtiges Thema, das für die Städte auch immer eine finanzielle Implikation hat. Die Erwartungen der Eltern sollen in diesem Bereich erfüllt werden. Viele haben Angst, dass die Förderschulen, auf die sie sehr setzen, abgeschafft werden könnten. Solche Themen gehören zum Bereich der Inklusion im engeren Sinne. Das ist aber nur ein Unterpunkt des Themas „Inklusion“. Die Inklusion im weiteren Sinne greift viele Aspekte der Stadtentwicklung auf, über die wir jetzt hier am „Runden Tisch“ sprechen werden.“

**Dr. Hanspeter Georgi:** „Liebe Frau Dr. Lohse, damit haben Sie den Bogen schön gespannt, so dass ich wunderbar zu unserer ersten Expertin überleiten kann. Frau Özoguz ist Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin und Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Inte-

gration. Frau Staatsministerin, können Sie aus der Sicht Ihres Referats und Ihrer Aufgaben unser heutiges Thema beleuchten? Wie können wir Flüchtlinge nicht nur integrieren, sondern auch inkludieren?"

**Aydan Özoğuz:** „Als ich vor 15 Jahren integrationspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft wurde, wurde ich immer darauf angesprochen, dass ich ja auch für Menschen mit einer Behinderung Politik machen würde. Ich musste immer wieder erklären, dass es zwischen den Begriffen „Inklusion“ und „Integration“ einen Unterschied gibt.“

Zum Thema Stadtentwicklung: Bei der Einwanderung zeigt sich immer wieder folgendes Muster: Einwanderer suchen – nachdem sie erstmal richtig angekommen sind und eine Familie gegründet haben – ein Bleibe in Stadtteilen, in denen sie mit ihrem Einkommen die besten Bedingungen für sich und ihre Kinder finden – einen guten Kindergarten, eine gute Schule und allgemein ein gutes Wohnumfeld. Hier gibt es keinen Unterschied zwischen Einwanderern und „Einheimischen“. In Hamburg wurden damals in der Stadtentwicklung einige Fehler gemacht: Wir hatten uns gewünscht, dass mehr Menschen mit gutem sozioökonomischen Status in Stadtteile gehen, die ein wenig abzugleiten drohten. Und dann wurde gleichzeitig in genau so einem Stadtteil das einzige, verbliebene Gymnasium geschlossen. So kann es natürlich nicht funktionieren.

Jetzt zum Thema Flüchtlinge: Wir stehen heute vor großen Herausforderungen bei der Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen. Gerade bei den Zahlen, die wir aktuell haben. Trotzdem haben wir dazu gelernt. Vor 20 Jahren hatten wir Unterkünfte, die alles andere als menschenfreundlich waren. Es waren teilweise miserable Bedingungen. In den letzten Jahren haben wir diese an vielen Orten und Stellen abgebaut, weil die Asylantragszahlen stark zurückgegangen waren. Im Jahr 2007 gab es z.B. weniger als 20.000 Asylanträge, während wir für 2015 aktuell 450.000 Anträge erwarten. In den Zeiten mit weniger Anträgen wurde aber nicht so richtig bedacht, dass auch wieder Zeiten kommen können, in denen sehr viel mehr Menschen kommen.

Die Unterbringung von Flüchtlingen sehe ich aktuell als größte Herausforderung für eine Quartiersentwicklung, weil Flüchtlingsströme nicht zu kalkulieren und in kürzester Zeit immer wieder neue Unterbringungskapazitäten bereitzustellen sind. Damit müssen wir umgehen. Mir ist wichtig, dass wir überall Mindeststandards in unserem Land bei der Unterbringung einhalten: Wir müssen alle Asylsuchenden gut unterbringen und es schaffen, dass im Winter keine Zelte zur Unterbringung aufgestellt werden müssen.

Gerade in der Flüchtlingspolitik ist das Thema leer stehender Wohnraum zwischen den Bundesländern hochumstritten. Auf der einen Seite gibt es in manchen Regionen ungenutzten Wohnraum und auf der anderen Seite gibt es, gerade in manchen Großstädten, einen Wohnraumangel. Die Flüchtlinge werden – und daran rütteln wir nicht – nach dem Königsteiner Schlüssel auf die Bundesländer verteilt. Der Schlüssel errechnet sich nach Bevölkerung und Steuereinnahmen des jeweiligen Bundeslandes. Worauf sich die Bundesländer aber bisher nicht verständigen können, sind gemeinsame Vereinbarungen, dass Bundesländer vorhandenen, leer stehenden Wohnraum als Flüchtlingsunterkünfte für andere Bundesländer anbieten – natürlich bei weiterhin fairer Kostenaufteilung. So haben wir die absurde Situation, dass in einigen Regionen, beispielsweise in den neuen Bundesländern, wegen des Bevölkerungsrückganges teilweise Wohnraum und Gebäude abgerissen werden, während wir andernorts einfach keine Unterbringungsmöglichkeiten mehr für Asylsuchende finden. Das ist eine der Widersprüchlichkeiten in der Flüchtlingspolitik, der wir uns in der nächsten Zeit noch stärker widmen müssen. Wichtig ist auch, dass die Bevölkerung vor Ort stärker eingebunden wird: Die Anwohner müssen frühzeitig informiert werden, was in ihrer Umgebung passiert, wo und mit welcher Kapazität Unterkünfte errichtet werden sollen, welche Menschen da kommen und wie diese Menschen unterstützt werden können. Dabei dürfen



wir die Bürgermeister und kommunalen Verantwortlichen vor Ort nicht alleine lassen. Es hilft an dieser Stelle sehr, dass wir gegenüber Flüchtlingen eine große Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung haben, die es in dieser Form in Deutschland so noch nicht gegeben hat. Das müssen wir unbedingt stützen! Es sind zehntausende Ehrenamtliche, die einen Teil ihrer Zeit, Kraft und ihres Wissens geben, um Flüchtlingen zu helfen."

**Dr. Hanspeter Georgi:** „Vielen Dank für Ihr Statement, Frau Staatsministerin. Ich befürchte wir werden nicht ausreichend Zeit haben, um die Flüchtlingspolitik vollumfänglich an diesem „Runden Tisch“ zu diskutieren. Ich denke, diese Diskussion ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, aber ein wichtiger Teilaspekt der „Inklusiven Quartiersentwicklung“.

Einen weiteren Teilaspekt wird jetzt unser nächster Experte in die Diskussion einbringen. Adolf Bauer ist Präsident vom Sozialverband Deutschland und Kuratoriumsmitglied „Stadtentwicklung“ beim Bundesumweltministerium. So kennt er nicht nur die Probleme von Behinderten, Migranten, Familien und Sozialhilfeempfängern, sondern kann diese auch auf die Stadtentwicklung fokussieren. Herr Bauer, bitte Ihr Statement."

**Adolf Bauer:** „Bei der Vorbereitung auf diese Veranstaltung ist mir deutlich geworden, wie sehr gerade diese Stiftung und die in ihr handelnden Personen in den letzten 15 Jahren eine wachsende Bedeutung gewonnen und einen sehr großen Einfluss auf die Entwicklung städtischer Räume genommen haben. Zahlreiche Projekte in der ganzen Bundesrepublik legen dafür hervorragende Zeugnisse ab.

Beim SOVD sind wir vor allem damit beschäftigt, unseren Mitgliedern – und das sind fast 570.000 – zu ihrem Recht in sozialrechtlichen Fragen und anderen Angelegenheiten zu verhelfen. Darüber hinaus befassen wir uns mit aktiver und politischer Lobbyarbeit in den Gremien der Kreise, Kommunen, Städte, Länder oder des Bundes. In der Beratung mit unseren Mitgliedern wird immer wieder deutlich, wo Menschen der Schuh drückt. Dabei geht es nicht nur um Geld oder Gesundheit, nicht nur um Versorgung oder allgemeine Dinge, sondern auch um die Möglichkeit, preiswerten und vor allem barrierefreien Wohnraum anmieten zu können oder einen vorhandenen Wohnraum barrierefrei zu gestalten. Das beschäftigt uns regelmäßig und immer wieder. Wir sind auch Träger der kleinen Wohnungsbaugesellschaft Meravis. Unsere Schwerpunkte liegen in Hannover, Hamburg und Düsseldorf und wir haben circa. 13.000 Wohneinheiten. Die Hannoveraner, Düsseldorfer und Hamburger wissen, dass sich die Meravis auch mit der Quartiersentwicklung beschäftigt und mit dem, was heute im Wohnungsbau notwendig und erforderlich ist.

Wir haben vorhin schon gehört, dass Inklusion wesentlich weitergehend ist als der Begriff Integration. Integration heißt, ich erwarte von den Menschen, dass sie sich anpassen und in die Umgebung integrieren, dass sie aktiv etwas machen. Aber die Gesellschaft selber ist dabei passiv. Inklusion bedeutet, dass die Gesellschaft aktiv wird und die Voraussetzungen und Bedingungen für Menschen schafft, die eine Behinderung haben, damit sie eine Möglichkeit bekommen, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Das ist mehr als das, was wir bisher kannten.

Wir reden in der Öffentlichkeit heute bisher weitgehend über Inklusion im Bildungswesen. Im Kindergarten, in der Kindertagesstätte, in Grundschulen, im Sekundarbereich 1, demnächst auch im Sekundarbereich 2 – und selbst dort gibt es riesige Probleme. Die Bundesländer sind nicht einheitlich in ihrem Vorgehen. Die Schulgesetzgebung, die Gesetzgebung insgesamt ist sehr weit auseinanderdriftend – von nichts tun bis sehr aktiv.

Inklusion ist nicht nur ein Thema für Bildung und Schule. Inklusion geht in den Bereich Arbeitswelt hinein, geht in den Bereich Wohnen hinein, umfasst den ÖPNV, umfasst die Medien und

viele andere Bereiche der Gesellschaft. Insofern müssen wir aufpassen, dass wir die Inklusion nicht nur auf ein bestimmtes Feld oder einen Bereich reduzieren. Die Teilhabe kann nur dann möglich sein, wenn Politik, Gesellschaft und Verwaltung die Voraussetzungen schaffen. Dazu ist es notwendig, auch private Anbieter und Investoren besser und mehr zu sensibilisieren – und wenn es sein muss, sie auch in die Pflicht zu nehmen. Inklusive Politik knüpft an die Versprechen der Demokratie an – politische Teilhabe und soziale Gerechtigkeit. Um diese einzulösen, müssen strukturelle Barrieren abgebaut und der Zusammenhalt einer vielfältigen Gesellschaft gestärkt werden.

Der Deutsche Behindertenrat hat drei Kernforderungen mit Nachdruck aufgestellt:

1. Die Veränderung aller Bauordnungen, damit die Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention umgesetzt werden.
2. Ein städtebauliches Förderprogramm zur Beseitigung von bestehenden Barrieren im öffentlichen Raum und die komplette Umsetzung des sogenannten „Zwei-Sinne-Prinzips“.
3. Ein Umdenken und mehr Kreativität beim Denkmalschutz, der die verbrieften Menschenrechte von Menschen mit Behinderung seit vielen Jahren zum Teil ignoriert.

Wir sind uns im Klaren, dass nicht sofort eine vollkommen barrierefreie städtische Umgebung entstehen kann. Das kostet viel Zeit und viel Geld. Wir sind uns aber auch darüber im Klaren, dass es sich lohnt. Es können nicht alle Bauwerke sofort umgestellt werden. Es wäre ein Anfang, wenn man bei Neubauten und Umbauten diesen Gedanken der Inklusion mitberücksichtigt.“

**Dr. Hanspeter Georgi:** „Barrierefreiheit ist ein gutes Stichwort, bei dem ich jetzt eine Betroffene zu Wort kommen lassen möchte, die uns aus ihren täglichen Erfahrungen berichten kann. Frau Bruhn ist seit einem Motorradunfall behindert. Als Leistungsschwimmerin hat sie an mehreren Paralympischen Spielen teilgenommen und international somit viele Erfahrungen gesammelt. Frau Bruhn, welche Anforderungen würden Sie an eine „Inklusive Quartiersentwicklung“ stellen?“

**Kirsten Bruhn:** „Ganz speziell nach dem Motto meiner Eltern, die bei fünf Kindern immer gesagt haben „wer nicht hören will, muss fühlen“, würde ich mir wünschen, dass die Entscheidungsträger einfach mal genau das erleben müssen, was wir täglich erleben. Zum Beispiel einen Parcours durch die Altstadt im Rollstuhl zu absolvieren. Die Sensibilität ist längst noch nicht da, wo sie sein müsste. Entscheidungsträger müssen endlich verstehen, was an Barrierefreiheit gebraucht wird. Es reicht nicht aus, irgendwo in der Tiefgarage im hintersten Gebäude eine Rampe oder einen Fahrstuhl zu bauen, um anschließend am Koch vorbei durch die Küche zu müssen – was aus hygienischen Gründen eigentlich gar nicht erlaubt sein dürfte –, um da hinzukommen, wo ich mit meiner Familie abends essen möchte. Das ist diskriminierend! Das tut weh! Ich denke, im 21. Jahrhundert ist das nicht mehr drin. Das kann man auch nicht mehr entschuldigen und in der Rechtfertigung auf das Baujahr des Gebäudes hinweisen.“

Seit 1991 bin ich querschnittsgelähmt und sitze im Rollstuhl. Seit den Paralympischen Spielen 2004 in Athen wurde viel gelernt. Die Entwicklung über die Spiele 2008 hin zu 2012 war immens. Aber 2012 war dann ein Quantensprung! Es wurde einheitlich mit dem Slogan „The London Games“ für diese Spiele geworben. Es gab keine Unterteilung in die Olympischen und die Paralympischen Spiele. Dadurch hatten wir ein Zugehörigkeitsgefühl und fühlten uns gegenüber den Olympischen Spielen nicht herabgesetzt. Für uns paralympische Sportler war das großartig. Das wünsche ich mir auch im Alltag.

Menschen sollen nicht immer nur sagen, sie tun etwas und sie verstehen es – sie sollen es auch wirklich begreifen. Kinder müssen auch eine Herdplatte anfassen, um zu begreifen, was es heißt, wenn etwas „heiß“ ist. Vielleicht muss sich auch ein Oberbürgermeister mal in einen Rollstuhl



Dr. Michael Vesper, Kirsten Bruhn, Gerhard Fuchs

setzen, um zu begreifen, was es heißt, über das Pflaster einer Altstadt zu müssen. Das heißt nicht, dass die Städte im Ganzen barrierefrei sein können, aber es gibt da noch viele Potenziale. Wir dürfen auch die sehbehinderte Bevölkerung nicht vergessen. Das Gebäude des Landschaftsverbands mit seinem Wegeleitsystem für Sehbehinderte ist ein sehr positives Beispiel. Leider sieht man solche Wegeleitsysteme noch sehr selten.

Manchmal sind es Kleinigkeiten, die in der Umsetzung nicht viel Geld kosten, aber tolle Effekte erzielen. Zum Beispiel eine Beschilderung für Rollstuhlfahrer, die darauf hinweist, dass sie an bestimmten Stellen nicht weiterkommen.“



Britta Heidemann

**Dr. Hanspeter Georgi:** „Bleiben wir beim Sport. Britta Heidemann ist Fechterin bei Bayer Leverkusen. Sie gewann Gold bei den Olympischen Spielen in Peking und engagiert sich darüber hinaus im Kuratorium der Bundesligastiftung. Frau Heidemann, welche Anforderungen haben Sie an ein Quartier?“

**Britta Heidemann:** „Ich habe in den ersten Jahren gar nicht begriffen, warum die ganze Diskussion über Integration oder Inklusion ein solches Thema ist. In meinem Verein wird Inklusion schon seit Jahren gelebt. Bayer Leverkusen hat eine der größten Behindertensportabteilungen in ganz Deutschland. Ich bin groß geworden auf den Anlagen dieses Clubs. Ich habe mit den Leichtathleten und den Judoka genauso gemeinsam trainiert,

wie mit Sitz-Volleyballern und Sportlern ohne Beine oder ohne Arme. Für uns Sportler war das ein ganz normaler Umgang.

Ich glaube, dass Sport ein super Vehikel sein kann, um Inklusion zu fördern. Dabei kann sich der Sport nicht nur auf Behinderte oder Nicht-Behinderte beschränken. Auch die Senioren dürfen wir nicht vergessen. Da kann Sport auch einen Beitrag leisten. Ich habe kürzlich einen Mehrgenerationenplatz besucht – da wurde generationsübergreifend Sport getrieben. Sport verbindet und baut Brücken.

In meiner Funktion als Kuratoriumsmitglied der Bundesligastiftung komme ich auch häufig mit Jugendlichen mit Migrationshintergrund und unterschiedlichen Religionen in Kontakt. Es ist einfach erstaunlich zu beobachten, was passiert, wenn diese Jugendlichen in einer Gemeinschaft, in einem Team trainieren. Da gibt es dann keine Unterschiedlichkeiten mehr und alle kämpfen für ein gemeinsames Ziel. Für die Quartiersentwicklung kann das bedeuten, dass man mehr Bolzplätze und Spielplätze in zentraler Lage schafft.

Beim Thema Inklusion sollte man unsere größte Gesellschaftsgruppe nicht vernachlässigen: das sind die Älteren. Ich bin viel in China. Da gibt es in jedem Wohngebiet auf Senioren ausgelegte Sporteinrichtungen. Vergleichbare Anlagen gibt es in Deutschland nur sehr selten. Bei einer immer älter werdenden Bevölkerung, wäre es vorausschauend, wenn wir hier aktiv würden."

**Dr. Hanspeter Georgi:** „Das ist eine wunderbare Überleitung zu unserer nächsten Expertin, Frau Prof. Ursula Lehr. Sie ist ehemalige Bundesministerin und aktuell Vorsitzende der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO). Frau Prof. Lehr, ein Soziologe hat bei Senioren mal unterschieden zwischen „Go-Go“, „Slow-Go“ und „No-Go“. Es gibt also bei Senioren unterschiedliche Bedürfnisse."



Adolf Bauer, Prof. Dr. Ursula Lehr, Kaspar Kraemer

**Prof. Ursula Lehr:** „Zunächst möchte ich Sie als „Jugend von gestern“ und „Senioren von morgen“ begrüßen. Wir reden hier über Ihre Zukunft, über die Zukunft unserer Städte. Wie müssen diese gestaltet sein? Wer wird zukünftig in unseren Städten leben? Dafür müssen wir keine Statistiken zu Rate ziehen. Es ist eine Tatsache: Die Bevölkerung wird immer älter. Vor allem in kleineren

Städten und Kreisstädten haben wir prozentual mehr über 80-Jährige als in Großstädten. Über achtzig zu sein, heißt noch lange nicht, pflegebedürftig oder behindert zu sein, aber Einschränkungen in der Mobilität gibt es sehr wohl. Was können wir also tun, um die Mobilität zu erhalten?

Wir wissen, zum gesunden Altwerden gehört körperliche Aktivität. Frau Heidemann hat schon Bewegungsparcours für Ältere angesprochen, die es in Deutschland noch zu wenig gibt. Auch geistige Aktivität ist wichtig. Zum Älterwerden gehört es, Sozialkontakte zu haben und mit anderen zu sprechen. Der Mensch braucht eine Aufgabe. Um dies alles zu erreichen, müssen wir mobil sein und deswegen ist es das Wichtigste, Mobilität herzustellen.

Es gibt noch weitere Einschränkungen, wie Seh- und Höreinschränkungen. Hier kann man sehr viel machen. Auch die Feinfühligkeit des Tastens ist bei manchen nicht mehr Gang und Gäbe. Wir – das heißt die BAGSO – haben dazu eine Befragung gemacht und wir sollten genau schauen, welche Ergebnisse diese Studien liefern. Worüber haben sich die Senioren beschwert?

An erster Stelle steht das „Kopfsteinpflaster“. Gehen Sie einmal mit einem Rollator über Kopfsteinpflaster oder gehen Sie, wenn Sie nicht ganz sicher sind, mit einem Stock über Kopfsteinpflaster. Sie werden sehen, das verunsichert und zieht Stürze nach sich. Wenn Sie wissen, dass bei 30% der Senioren die Pflegebedürftigkeit Folge eines Sturzes ist, dann müssen wir endlich wach werden und unsere Städte auch entsprechend einrichten.

Was verunsichert noch beim Gehen? Wie hier in Köln am Flughafen Köln/Bonn: Glasfußböden. Wir wissen, dass sie verunsichern. Allein durch das Gefühl „Ich könnte ausrutschen“ kann es zu Stürzen mit dementsprechenden Folgen kommen.

Nach dem Kopfsteinpflaster wurden an zweiter Stelle die zu kurzen Ampelphasen genannt. Wir können sicherlich nicht alle Ampeln auf „ewig lang“ schalten. Aber vielleicht müsste man differenzieren und mehr längere Phasen schaffen, so dass man auch langsamer oder mit dem Rollator gefahrenfrei die Straße überqueren kann. Ampelübergänge müssen auch mit akustischen Signalen ausgestattet sein. Bei Sehschwierigkeiten ist rotes oder grünes Licht nicht immer klar zu unterscheiden, deswegen bitte einen zusätzlichen Ton.

Weiter beschwerten sich diejenigen, die an der Befragung teilnahmen, darüber, dass die Straßennamen oft viel zu klein und nicht lesbar sind. Besonders Hinweise auf Sehenswürdigkeiten sind vielmals als schwarze Buchstaben auf braunem Grund gestaltet.

Eine weitere große Beschwerde: öffentliche Toiletten. Es gibt viel zu wenige davon und die wenigen, die es gibt, sind häufig unterirdisch und nur über Treppen zu erreichen. Darüber müssen wir bei der Gestaltung unserer Städte nachdenken.

In der Wissenschaft sprechen wir von einer präventiven Umweltgestaltung. Das heißt, die Wohnumwelt muss so sein, dass sie einerseits Barrieren ausräumt und andererseits zur Aktivität ermuntert, manchmal gehört nur eine Bank in einer Fußgängerzone dazu, eine Bank mit der richtigen Höhe. Im Idealfall sollte diese so konstruiert sein, dass man sich abstützen kann. Nicht jeder Ältere kann ohne Stütze aufstehen.

Wenn wir von präventiver Umweltgestaltung sprechen, denke ich auch an Einzelheiten. Ich erwähnte bereits, dass auch die geistige Aktivität wichtig ist. Dafür sind Besuche im Museum hervorragend geeignet. In unseren Museen gibt es tolle Exponate: anregend, wichtig, notwendig. Wenn Sie schauen wollen, welchem Künstler das jeweilige Werk zuzuschreiben ist, finden Sie unten in einer Ecke in Visitenkartengröße auf dreieckig weißem Papier in grauer Schrift die Anga-



ben. Warum kann man diese nicht in DIN-A5-Größe neben dem Bild anbringen? Die Museumsdirektoren führen dann ästhetische Gründe an. Ich stelle mir hier die Frage, was wichtiger ist. Hier können wir mit einfachen Mitteln sehr viel tun.

Das Schlimmste sind aber nach wie vor Mobilitätseinschränkungen durch Treppen. Auch wenn es nur eine oder zwei Stufen sind, müssen wir lernen, dass dort ein Haltegriff sein muss. Es sind vielleicht nicht so viele Rollstuhlfahrer, aber es sind viel mehr „Slow-Go's“, die Treppen gehen können, aber sich festhalten müssen. Ein gutes Beispiel ist der Kölner Dom mit seinem Aufzug. Dort gibt es in der Mitte eine Halteleiste – diese hat der Erfurter Dom zum Beispiel nicht. In Erfurt heißt es, dies sei aus Denkmalschutzgründen nicht machbar. Ein weiteres Negativbeispiel wäre das Bundespräsidialamt. Den Bundespräsidenten kann man nur über eine Treppe besuchen. Aus Denkmalschutzgründen gibt es neben der Treppe keine Haltegriffe. Es gibt zwar im hinteren Bereich einen kleinen Aufzug, der aber nicht ausreicht.

Es gibt immer mehr Menschen über siebzig. Ich komme zu meinem Eingangsstatement zurück: „Lebendige Stadt“, denken Sie daran, wer in dieser Stadt leben wird! Und: Wie muss die Umwelt gestaltet sein, damit wir gesund alt werden können?“

**Dr. Hanspeter Georgi:** „Vielen Dank, Frau Prof. Lehr. Ich gehe davon aus, dass Sie in einem generationsübergreifenden Quartier leben möchten. Kürzlich habe ich gelesen, dass Prof. Albert Speer nördlich von Peking den Bau einer Seniorenstadt für 300.000 Einwohner plant. Wenn ich Sie aber richtig verstanden habe, möchten Sie in einer Stadt leben, wo alle Generationen vertreten sind?“

**Prof. Ursula Lehr:** „Ja, das möchte ich. Dennoch können wir von solchen Städten einiges lernen. Mit großen Vorurteilen bin ich nach Amerika in eine „Sun City“ gereist, es ist ein vergleichbares Projekt. Dort gibt es eine herausragende medizinische Versorgung und phänomenale Sportmöglichkeiten für Senioren. Ich habe selten so aktive Senioren gesehen. Über den Tellerrand zu schauen, schadet nie.“



Robert Heinemann, Dr. Joachim Wieland



Dr. Hanspeter Georgi: „Wir haben mit Flüchtlingen, Sportlern, Senioren und Familien jetzt schon viele Gruppen in einem Quartier angesprochen. Bisher haben wir noch nicht über Migranten und deren Bedürfnisse gesprochen. Daher möchte ich jetzt die Generalsekretärin des Zentralrats der Muslime in Deutschland, Frau Soykan, um ihr Statement bitten.“



Nurhan Soykan, Dr. Herlind Gundelach, Michael Batz

**Nurhan Soykan:** „Als damaliges Gastarbeiterkind kann ich viel erzählen, was bei der Inklusion von Migranten falsch gemacht wurde oder noch immer falsch gemacht wird. Ich bin in einem Ghetto aufgezogen worden und habe mir sehr gewünscht, dass ich deutsche Nachbarn gehabt hätte, die Akademiker sind und die mir bei meiner Lebenslaufbahn mit Rat und Tat zur Seite stehen. Daher wünsche ich mir in erster Linie eine gute Durchmischung in den Quartieren. Wir können alle so viel voneinander lernen.“

Ich möchte zunächst auf Frau Lehrs Ausführungen eingehen und sie unterstützen. Auch die muslimische Bevölkerung in Deutschland altert. Da gibt es natürlich genau die gleichen Probleme, zum Beispiel mit den Kopfsteinpflastern. Bei den Muslimen haben wir die Besonderheit, dass die Moschee im Alter zu ihrem Lebenszentrum wird. Wir haben nicht so viele Seniorenvertretungen oder andere Begegnungstätten, so dass sie sich insbesondere auf die Moscheen konzentrieren. Leider befinden sich diese historisch meistens in Gewerbegebieten außerhalb der Städte oder am Rande von Autobahnen, wo man nur mit dem Auto hingelangt. Mich würde es freuen, wenn es mehr Moscheen in den Zentren gäbe. Die Menschen müssen dort auch Platz haben, sich tagsüber an den Moscheen aufzuhalten und nicht zusammengepfercht in Cafés zu sitzen.

Moscheen sind nicht nur Ansammlungspunkte für Senioren, sondern auch für die Jugend. Moscheen haben mittlerweile sehr viele soziale Angebote – Nachhilfe, Sprachkurse oder auch Jugendfreizeitangebote. Viele Moscheen können dem Andrang nicht mehr gerecht werden und quellen über. Am Wochenende sind dort Hunderte von Jugendlichen, die in kleinen Klassen zusammensitzen und lernen. Anschließend werden die Kinder mit dem Auto von ihren Eltern abgeholt. Das führt häufig zu Stau und sorgt für Verärgerung in der Nachbarschaft. Deshalb sollten wir in der Quartiersentwicklung nicht nur den Erhalt der historisch kleineren Moscheen einplanen, sondern auch Expansionsmöglichkeiten im Stadtgebiet aufzeigen.

Bei Quartiersplanungen müssen wir ausreichend Parkmöglichkeiten einplanen. Es gibt viele Muslime, die zum Freitagsgebet mehrere Stunden in der Moschee verbringen. Das sind unter anderem

Rentner, die nicht viel Einkommen haben. Es ist unzumutbar, dass diese jedes Mal eine hohe Parkgebühr bezahlen. Deshalb benötigen wir eine funktionierende Infrastruktur.

Ich danke Herrn Schramma, dass er die Moschee an der Venloer Straße so gut unterstützt hat. Eine Moschee inmitten einer Großstadt wie Köln zu errichten, ist leider keine Selbstverständlichkeit. Ich hoffe, dass ein schönes Begegnungszentrum entstehen wird, wo ein Austausch mit der Bevölkerung und der Gesamtgesellschaft stattfinden kann.

Wir sollten auch der Jugend ihren Platz einräumen. Dieser muss nicht unbedingt im Umfeld der Moscheen liegen, doch ist es wirklich schwierig für muslimische Gemeinschaften, in der Stadt geeignete oder bezahlbare Räume zu finden. Deshalb versuchen sie alles in ihren Moscheen unterzubringen, was auf lange Sicht nicht haltbar ist."

**Dr. Hanspeter Georgi:** „Vielen Dank Frau Soykan. Ich denke, wichtig war hier die Message der Durchmischung. Muslime möchten als ein Teil der Gemeinschaft in einem Quartier verstanden werden und eine Ghettoisierung ist zu vermeiden.

Wir haben jetzt verschiedene Anforderungen verschiedener Gruppen gehört. Frau Dr. Klein, wie antwortet eine Dezernentin für Jugend, Bildung und Sport bzw. wie antwortet die Stadt Köln darauf?"

**Dr. Agnes Klein:** „Das Thema Inklusion befasst uns natürlich gerade im Bildungsdezernat. Wir beschäftigen uns mit der Frage: „Wie können wir Kinder mit und ohne Handicaps gemeinsam in ihren Schulen beschulen?“ Wir in Köln diskutieren das sehr intensiv. Ein Drittel unserer 300 Schulen sind inklusive Schulen. Ich möchte Inklusion eigentlich – auch wenn ich Schuldezernentin in der Stadt Köln bin – ein Stück weiter fassen. Was uns derzeit in der Stadt besonders beschäftigt, ist das Thema Flüchtlinge bzw. Zuwanderung insgesamt. Im Sozialdezernat wird sich um die Unterbringung gekümmert. Kernfrage ist hier, wie wir Unterbringungsmöglichkeiten in einer wachsenden Stadt schaffen. In Köln verzeichnen wir ein Bevölkerungswachstum und damit verbunden auch steigende Zahlen an Kindern. Wir stehen vor der Herausforderung einer sozialgerechten und ausgewogenen Verteilung, um zu gewährleisten, dass jedes Quartier in der Lage ist, diese Menschen aktiv aufzunehmen.

Ich habe noch nie erlebt, dass die Gesellschaft so aufnahmebereit ist wie heute. Auch wenn es immer noch Andersdenkende gibt – die große Masse der Bevölkerung ist sehr wohl bereit und auch in der Lage, Menschen, die aus Notsituationen fliehen, aufzunehmen.

Im Bildungssektor bieten Inklusion und Zuwanderung große Möglichkeiten. Ungefähr 50 % der Zugewanderten sind Kinder und Jugendliche. Wir haben volkswirtschaftlich und gesellschaftlich die einmalige Chance, diese Kinder und Jugendlichen und ihre Eltern zu erreichen. Diese Chance besteht nicht mehr in zehn Jahren – die müssen wir jetzt ergreifen! Wir müssen intensive Bemühungen anstellen, diese Kinder in unsere vorschulische Betreuung und unsere Kindergärten zu inkludieren. Nicht, wie es Frau Soykan schilderte, in einem Ghetto, sondern in einer wohnortnahen Kita in einem durchmischten Quartier. Wir müssen die Eltern überzeugen, dass es richtig ist, ihre Kinder dorthin zu bringen. Diese Eltern bzw. diese Kinder haben einen Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz. Wir sind kommunal in der Pflicht, ausreichend Plätze bereit zu halten und wir sind klug beraten, diese Pflicht auch ernstzunehmen!

Genauso ist es auch im Bereich der Jugendeinrichtungen – wir müssen Angebote für Jugendliche haben. Wir wissen, dass Flüchtlings- oder zugewanderte Kinder zum Teil traumatisiert sind, zum Teil Sprachprobleme haben – zumindestens was die deutsche Sprache angeht. Diese können

wir nicht einfach in die Klassen setzen. Wir brauchen Seiteneinsteiger-Klassen. In Berlin heißen die „Willkommens-Klassen“. Wie Sie die nennen, ist letztlich egal. Wir brauchen und haben in Köln inzwischen 150 dieser Klassen. Wir haben 2.000 Kinder und Jugendliche in unser Schulsystem integriert. Diese Klassen bestehen aus relativ kleinen Einheiten mit bis zu 18 Kindern. Meistens bleiben sie zwei Jahre dort. Bunt gemischt, aus allen Ländern. In diesen zwei Jahren sollen sie für das allgemeine Schulsystem fit gemacht werden. Vor einigen Wochen war ich in so einer Klasse. Es ist wirklich hochspannend zu sehen, wie engagiert diese Kinder sind. Die Kinder haben wirklich schwere Erfahrungen hinter sich und sind teilweise traumatisiert. Sie saugen den Lernstoff auf und begreifen, dass das ihre große Chance ist, in Deutschland Fuß zu fassen. Monatlich kommen knapp 190 neue Kinder und Jugendliche dazu. Das ist eine große Herausforderung für ein Schulsystem, das wegen steigender Geburtenzahlen ohnehin fast bis unters Dach voll mit Kindern und Jugendlichen ist.

Welches Problem viele Städte melden ist, dass sie mehr Sprachmittler brauchen. Weniger für die Kinder, sondern mehr für die Eltern. Die Lehrerinnen und Lehrer müssen mit den Eltern kommunizieren, aber wir haben da einfach eine Sprachbarriere.

Zum Stichwort „Bürgerschaftliches Engagement“: Die Freiwilligenagentur in Köln hat das Projekt „Schulpaten“ ins Leben gerufen. Das sind Patinnen und Paten, die die Kinder auf ihrem Schulweg begleiten und sicherstellen, dass diese gut ankommen. Sie helfen bei den Hausaufgaben und geben Nachhilfe. Das Projekt erfreut sich großer Beliebtheit.

Außerdem haben wir zusammen mit der Uni Köln ein Projekt entwickelt, dass Studierende im Rahmen ihrer Ausbildung eine Tätigkeit in einer Flüchtlingseinrichtung anerkannt bekommen für ihr Studium. Sie können Punkte für ihr Studium sammeln, wenn sie dort tätig sind. Das läuft bisher außerordentlich gut und ist besser eingeschlagen, als wir das erwartet hatten. Für die Studenten ist das Projekt gut, da sie z. B. durch Nachhilfeunterricht einen Einblick ins Berufsleben bekommen. Für die zugewanderten Kinder und Jugendlichen ist es ohnehin gut. Für uns als Kommune ist es auch gut, weil wir die Möglichkeit haben, die Kinder schneller in ihrer Schule zu integrieren.

Für uns ist in dieser ganzen Zuwanderungs- und Inklusionsdebatte Dreh- und Angelpunkt, dass diese Menschen in ihr Viertel integriert werden. Die Menschen sollen in ihre Kita gehen, in ihre Schule gehen, in ihre Jugendeinrichtung gehen.

Zum Stichwort „Sport“: Das ist ein Kraftfeld, das wir beim Thema Zuwanderung noch zu wenig bearbeitet haben. Sportvereine sind eine gesellschaftliche Kraft, die sehr wirksam werden kann. Wir müssen allerdings beachten, dass die Basis eines jeden Sportvereins das ehrenamtliche Engagement seiner Mitglieder ist. Wir können das Ehrenamt bei dieser für unsere Gesellschaft so wichtigen Aufgabe nicht allein lassen. Wir müssen sie unterstützen. Das kann auch finanziell sein. Wenn wir es klug anstellen und Sportvereine unterstützen, können die jeweiligen Sportvereine in den Quartieren Menschen zusammenbringen und die Sprachbarriere in den Hintergrund setzen. In Köln haben wir mit den Sportvereinen, die in der Nähe unserer Flüchtlingseinrichtungen sind, ein Programm aufgesetzt. Wir stellen den Vereinen kleine Budgets zur Verfügung. Diese Mittel nutzen die Vereine, um Voraussetzungen zu schaffen, speziell mit diesen Kindern und Jugendlichen Sport zu treiben. Die Sportvereine bringen die Kinder so einfach mal aus ihrem Alltag und sie zeigen ihnen mal eine andere Welt. Wir haben eine große Bereitschaft in der Bürgerschaft, für diesen Zweck zu spenden und entsprechende Mittel zur Verfügung zu stellen. Zusammenfassend: Wir haben gute Chancen, das Thema – wenn wir es klug angehen – zu einem Gewinnerthema zu machen.“

**Dr. Hanspeter Georgi:** „Frau Staatsministerin, Sie wollten direkt auf Frau Dr. Klein antworten.“

**Aydan Özoguz:** „Ich wollte gerne auf die Beiträge eingehen, die sich mit Sport und Integration beschäftigen. Der Sport sorgt ja nicht nur für mehr Miteinander von Menschen unterschiedlicher Herkunft, sondern Sport kann auch für bessere Bildung sorgen! Ein Beispiel: Viele Jugendliche haben häufig ein Problem damit, wenn ihnen „bei der Bildung“ ein wenig geholfen werden soll. Sie wollen nicht als Verlierer gelten und es ist natürlich wenig cool, wenn sie ihren Freunden sagen: Heute Nachmittag muss ich noch einmal in die Schule, zur Nachhilfe oder zum Förderunterricht. Ich habe deshalb mit der Bundesliga-Stiftung Gespräche geführt und gemeinsam überlegt, wie man diese jungen Menschen für mehr Bildung begeistern und sie unterstützen kann. Ein Weg ist, dass wir den Sport und z. B. die Strahlkraft des Fußballs nutzen. Das macht das Projekt „Lernort Stadion“, welches die Bundesliga-Stiftung mit Vereinen der 1. und 2. Bundesliga durchführt. Für einen Jugendlichen ist es nämlich etwas vollkommen anderes, ob er sagt, „ich gehe jetzt zum Extra-Unterricht in die Schule“ oder „ich gehe zum Lernen ins Stadion vom BVB“. Das hat eine ganz andere Bedeutung und Signalwirkung. Deswegen arbeite ich jetzt sehr eng mit der Bundesliga-Stiftung und dem Deutschen Fußball-Bund zusammen. Es gibt auch sofort eine ganz andere, größere Aufmerksamkeit, wenn zu Integrationsprojekten ein Lukas Podolski oder ein Ilkay Gündogan dazu kommen.“

Übrigens sind DFB und Bundesliga-Stiftung auch in der Arbeit mit Flüchtlingen wichtige Partner für mich. Aktuell stellen wir für die Fußballvereine vor Ort Budgets für Unterstützungsprojekte zur Verfügung, damit zum Beispiel Sportkleidung oder Fahrten zum Training für Flüchtlinge bereitgestellt werden können. Was aktuell aber noch viel wichtiger ist und auch stark nachgefragt wird, sind Informationen: In den Sportvereinen wissen viele einfach nicht, wie sie mit Flüchtlingen umgehen sollen. Sie fragen bei mir im Arbeitsstab immer wieder: „Dürfen Flüchtlinge bei uns mitspielen? Dürfen sie einen Spielerpass bekommen? Gibt es für sie einen Versicherungsschutz, wenn mal eine Sportverletzung passiert?“ Das sind ganz alltägliche Fragen. Ich habe deshalb gemeinsam mit dem DFB die Broschüre „Willkommen im Verein – Fußball mit Flüchtlingen“ herausgebracht, die alle wichtigen Fragen beantwortet und die auch auf meiner Homepage als Download bereitsteht. Die Broschüre wird richtig gut nachgefragt. Auch das zeigt mir, dass wir in der Flüchtlingspolitik an jeder Stelle sehr viel mehr Informationen bereitstellen müssen.“

**Dr. Hanspeter Georgi:** „Inklusion über Sport, Herr Dr. Vesper, Sie hatten sich gemeldet.“

**Dr. Michael Vesper:** „Inklusion geht im Sport – wie auch Integration – relativ leicht, weil Sport eine eigenständige Sprache ist, mit der sich gerade junge Menschen verständigen können. Ich möchte aber auch noch mal betonen, dass Inklusion ein sehr komplexes Thema ist. Es sollte sehr differenziert betrachtet werden. Das weltweit größte und wirksamste Instrument zur Förderung von Menschen mit Behinderung ist ein nicht-inklusives Instrument – nämlich die Paralympics. Die Paralympics stehen nach mittlerweile 14 Ausgaben mehr und mehr gleichberechtigt neben den Olympischen Spielen. Es gibt keinen größeren Anreiz für bauliche Veränderungen als diese Paralympics. Es gibt auch kein größeres Programm zur Schaffung von Sichtbarkeit für Menschen mit Behinderung. Da muss man nur mal auf die Paralympischen Spiele 2008 in Peking zurückschauen. In China haben in der öffentlichen Wahrnehmung bis dato Menschen mit Behinderung gar nicht existiert, geschweige denn am gesellschaftlichen Leben teilgenommen. Ähnlich die Situation im vergangenen Jahr in Sotschi. Die Paralympics wurden von den Menschen gleichberechtigt zu den Olympischen Spielen gefeiert. Sie sind in den Mittelpunkt der Gesellschaft gerückt. Das ist wirklich beeindruckend! Diese Sichtbarkeit führt auch zu einem größeren Selbstbewusstsein bei Menschen mit Behinderung.“

In der Stadtentwicklung in Deutschland hat ein Umdenken eingesetzt, und die Paralympics hatten daran großen Anteil. Bei dem jetzigen Auswahlprozess für den deutschen Bewerber für die Spie-



Lutz Lienenkämper, Lothar Flemming, Prof. Dr. Dittmar Machule

Im Jahr 2024 zwischen Berlin und Hamburg haben beide Städte damit geworben, dass sie auch unabhängig von den Olympischen Spielen den Öffentlichen Personennahverkehr vollständig barrierefrei machen wollen.

Sport und Inklusion, das passt zusammen. Das ist längst erkannt. Daher verfolgen wir beim DOSB dieses Thema auch sehr intensiv. Wir diskutieren bei uns in der Organisation, wie man möglicherweise den Deutschen Behindertensportverband mit dem DOSB stärker verzahnen kann, um die Dinge zusammenzubringen."

**Dr. Hanspeter Georgi:** „Vielen Dank, Herr Dr. Vesper, auch für den Hinweis, dass Inklusion sehr differenziert zu betrachten ist. Ich habe neulich einen Artikel gelesen, wo eine Mutter darauf bestand, dass ihr behindertes Kind in eine nicht-inklusive Klasse kommt, da dort die Erfolgserlebnisse größer wären. Wir müssen also verschiedene Angebote schaffen.

Es gibt weitere Wortmeldungen, zunächst Frau Özkan bitte."

**Aygül Özkan:** „Ich würde gerne zwei Anmerkungen zu den geschilderten Themen ergänzen. Zum einen, wie man in einer Stadt mit neu ankommenden Menschen aus anderen Kulturen umgehen kann und zum anderen, wie man sie einbinden kann. Ich glaube, das sind zwei Dinge, die auch in Flächenländern wichtig sind. Wir sollten uns nicht nur auf die Stadt konzentrieren, sondern auch den ländlichen Raum berücksichtigen. Dort haben wir teilweise ganz andere Herausforderungen. Ein Beispiel sind die Migranten, die sog. Gastarbeiter, die vor vielen Jahren gekommen sind und bisher noch immer nicht optimal in die Themen „Ehrenamt“ oder „Soziales Engagement“ eingebunden sind. Das mag daran liegen, dass die möglichen Ehrenämter nicht ihren Interessen entsprachen oder vielleicht auch, weil sie sich selbst bisher noch nicht in der Lage gefühlt haben, soziales Engagement zu zeigen. Jetzt kommen aber Menschen aus anderen Ländern, die eine ähnliche Situation erleben: ein fremdes Land und eine andere Sprache. Man hat kaum Zugang. Jetzt fühlen sich die damaligen Gastarbeiter diesen Themen vielleicht eher verbunden und vielleicht kann man sie nicht nur als Sprachmittler, sondern auch als Integrationsmittler gewinnen. Wir sollten die Freiwilligenagenturen in den Bundesländern in die Verantwortung nehmen, um diese vormaligen Gastarbeiter für ein solches ehrenamtliches Engagement zu schulen und sie zu unterstützen. Gerade die älteren Migranten müssen einbezogen und dafür gewonnen werden. Wenn ich in meinen Verwandten- und Bekanntenkreis reinhöre, dann gibt es gerade bei den El-



terngenerationen ganz viele, die auch aus ihrer eigenen Empathie und Erfahrung heraus gerne helfen würden. Häufig wissen sie nicht, wie sie sich engagieren können und was für Institutionen es gibt.

Das Zweite ist: Wir versuchen migrantische Jugendliche und Kinder für das Ehrenamt zu gewinnen. Die, die jetzt neu dazu kommen, werden beschäftigt werden müssen. Durch das soziale Engagement können sie in das Alltagsleben hineingeführt werden. Daran kann ich nur appellieren! Gerade in Flächenländern leiden z.B. die Freiwilligen Feuerwehren an mangelndem Nachwuchs. Wir müssen Migranten über die deutsche Kultur des Ehrenamts informieren. Stellen Sie sich vor, es kommt ein Kind aus Syrien nach Deutschland – die kennen keine Freiwillige Feuerwehr! Das gibt es dort nicht. Wir müssen darüber informieren, dass das tolle Institutionen sind und dass es nichts Schlimmes ist, sich freiwillig zu engagieren. Wir müssen Eltern motivieren, dass sie ihre Kinder ermuntern, sich solchen Institutionen anzuschließen. Auf der anderen Seite müssen aber auch die Feuerwehren darauf aufmerksam gemacht werden, dass sie diese Jugendlichen und Kinder brauchen. Wir müssen sie noch stärker unterstützen, solche Projekte anzugehen. Viele der Neuankömmlinge sind von Menschen mit Uniformen traumatisiert und begegnen denen ganz anders: „Oh Gott, die wollen was von mir, was Gefährliches“. Die müssen wir gerade bei solchen Themen mitnehmen – das wäre es wert! Deswegen schaue ich auch gerade in dieser Runde die Kommunalpolitiker an, die auch solche Projekte anstoßen können.“

**Dr. Hanspeter Georgi:** „Vielen Dank für den Aspekt, junge Migranten für das Ehrenamt zu gewinnen, so dass sie schnell Anschluss in einem Quartier finden. Jetzt bitte Herr Prof. Lademann.“

**Prof. Dr. Rainer P. Lademann:** „Ich bin ein bisschen unzufrieden mit den Begrifflichkeiten, die wir hier verwenden. Das Thema „Inklusion“ hat inzwischen eine solche Breite gewonnen, dass beinahe jede beliebige Andersartigkeit unter diesen Begriff subsummiert werden könnte. Meine erste Assoziation war: „bereits bei Flüchtlingen wird es aber schwierig“. In anderen Fällen, z. B. bei der Auflösung von Sonderschulen, geht es gar nicht im primären Sinne um Inklusion an sich – also z. B. um die Menschen, deren Chancen man verbessern will –, sondern um Kostenoptimierung der Öffentlichen Hand. Da frage ich mich manchmal, was das wirklich ist. Ich habe mich noch nicht ganz entschieden und möchte ein Beispiel dafür nennen, dass dies nicht immer konfliktfrei ist. Eben klang es bei Ihnen, Herr Dr. Georgi, schon mal an, ob Inklusion vorteilhaft oder nachteilig ist. Wenn die Chancen in einer inklusiven Schulklasse für die, die inkludiert werden sollen und für die Schüler, die schon da sind, schlechter werden, wird das ein Problem. Ich glaube, dass man so ein Ergebnis in der Diskussion mit den Eltern nicht vertreten könnte. Darin knüpft die Integration oder Inklusion von Flüchtlingen direkt an. Wenn Flüchtlingskinder nur temporär für ein Jahr oder vielleicht eineinhalb Jahre, vielleicht sogar nur für wenige Monate in eine Klasse inkludiert werden sollen – wie soll das eigentlich funktionieren? Sowohl für den Klassenverband selber als auch mit den sprachlichen Voraussetzungen. Ich glaube, an einer zu großen Breite und Unbestimmtheit leidet diese Diskussion ein wenig. Es gibt eine unglaubliche Vielzahl an möglichen Inklusionsthemen, aber noch viel zu wenig durchdachte Konzepte und Maßnahmen.“

**Dr. Hanspeter Georgi:** „Vielen Dank für Ihre Ausführungen und Bedenken. Frau Dr. Klein hatte dazu eben einige Beispielmaßnahmen aus der Stadt Köln angeführt. Herr Dr. Carstensen, Sie hatten sich gemeldet.“

**Dr. h.c. Peter Harry Carstensen:** „Frau Staatsministerin, Sie haben vorhin gesagt: Mehr Jüngere hätten mehr Migrationserfahrung als die Älteren. Das Land Schleswig-Holstein würde nicht so schön aussehen und nicht so eine schöne soziale Struktur haben, wenn wir nicht die vielen Flüchtlinge nach dem letzten Krieg aufgenommen hätten. 1945 hatten wir bei 1,5 Mio. Einwohnern einen Einzug von 1,6 Mio. Flüchtlingen. Die sind integriert worden. Das war eine Riesenlei-



stung! Es geht also, wenn man will, oder muss. Wir sind in der Lage gewesen, eine solche Leistung zu schultern. Ein Land, das in einer kurzen Zeit mehr Flüchtlinge als Einwohner hatte, die Brot brauchten, die Unterkunft brauchten, die Heizung brauchten. Natürlich gab es Probleme und nicht jeder hat die Flüchtlinge mit offenen Armen empfangen, aber wir haben es geschafft! Das heißt, Integration ist möglich! Das Aufnehmen ist möglich! Ich denke, dass so manche Diskussion, die wir führen, auch über die technischen Möglichkeiten, manchmal ein bisschen davon ablenken soll, dass wir erst einmal Veränderungen in den Köpfen benötigen."



Arved Fuchs, Dr. Peter Harry Carstensen, Maik Klokow

**Dr. Hanspeter Georgi:** „Die Veränderung in den Köpfen erreichen wir zum Beispiel über Sport oder über Schule. Ich denke, Bildung ist da der wichtigste Ansatz, deswegen müssen wir in unseren Quartieren darauf achten, dass die Kinder möglichst schnell in das Schulsystem integriert werden. Als nächstes würde ich Herrn Cunitz bitten, unsere bisherigen Beiträge auf die Quartiersentwicklung zu fokussieren.“

**Olaf Cunitz:** „Ich glaube, wir haben in unserer Diskussion unter den Begriffen „Integration“ und „Inklusion“ keinen Aspekt ausgelassen, den man nicht darunter packen könnte. Herr Dr. Georgi, wenn Sie nachher ein Fazit ziehen wollen, beneide ich Sie nicht um diese Aufgabe. Und ehrlich gesagt, um aus kommunaler Ebene diese verschiedenen Aspekte aufzugreifen, müsste ich eigentlich die komplette verbliebene Redezeit nutzen, weil wir wirklich kein Thema ausgelassen haben. Ich würde aber gerne einen neuen Aspekt reinbringen, der aber auch vieles von dem aufgreift, was insbesondere Frau Bruhn, Frau Prof. Lehr und Herr Bauer schon angesprochen haben: Inklusion im Städtebau oder in der Stadtplanung. Wir haben ein ganz interessantes Projekt in Frankfurt: das Projekt der neuen Altstadt. Auf einer relativ kleinen Fläche mitten im Stadtzentrum entsteht eine Mischung aus 15 Rekonstruktionen und 20 neu entworfenen Gebäuden. Ein Stück der im Zweiten Weltkrieg zerstörten Altstadt soll wieder erfahrbar gemacht werden. Man ahnt schon, welche Probleme in der Bauausführung damit verbunden sind. Auch wenn man historische Gebäude rekonstruiert, muss man den Brandschutz, Schallschutz, auch das Thema Barrierefreiheit und energetische Standards beachten. Das hat die Architekten an ihre Grenzen gebracht. Aber das Interessante war eigentlich die Debatte, die danach aufkam. Beim Thema Öffentlicher Raum, also wie sieht es zwischen den Gebäuden aus? Natürlich denkt man, wenn man eine neue Altstadt haben möchte, an hohe Bordsteine und Kopfsteinpflaster. Doch dann brandete die Debatte mit Senioren- und Behindertenverbänden auf. Es wurde viel diskutiert und es gab auch viele verschie-

dene Meinungen. Die Vertreter der Sehbehinderten haben darauf hingewiesen, dass hohe Bordsteine eine Orientierungsmöglichkeit sind, doch für die Gehbehinderten sind sie fast unüberwindliche Hürden. Insgesamt geht es aber nicht ausschließlich um ältere Menschen oder Behinderte. In einer familienfreundlichen Stadt betrifft Barrierefreiheit fast jeden. Ich glaube, mir hat es geholfen, dass ich zuerst in der Sozialpolitik tätig war, bevor ich Planungsdezernent und Bürgermeister der Stadt Frankfurt wurde. Deswegen haben wir uns für einen Kompromiss zwischen historischer Genauigkeit und Funktionalität entschieden. Das ganze Areal ist als Fußgängerzone geplant, ohne hohe Bordsteine und zu stark gewölbte Straßenpflasterung. Im Endeffekt waren alle bereit anzuerkennen, dass wir im 21. Jahrhundert leben und nicht ein neues Areal bauen können, was von sich aus Teile der Bevölkerung ausschließt. Übrigens noch eine Anmerkung zum Thema Integration, über das wir vorhin gesprochen haben: Es wird im Zuge dieser Rekonstruktion das schönste Denkmal für Integration in Frankfurt entstehen, das man sich vorstellen kann. Die aufwändigste Rekonstruktion wird die „Goldene Waage“ sein. Sie wurde im 16. bis 17. Jahrhundert von zugewanderten Niederländern gebaut und ist heute selbstverständliches Kulturgut der Stadt Frankfurt.“

**Dr. Hanspeter Georgi:** „Vielen Dank, Herr Cunitz. Sie haben völlig recht, dass die Diskussion sehr komplex ist, da viele unterschiedliche Zielgruppen angesprochen werden, die unterschiedliche Anforderungen formulieren. Herr Fuchs, Sie wollten sich direkt zu Herrn Cunitz äußern?“

**Gerhard Fuchs:** „Basierend auf dem, was Frau Dr. Klein gesagt hat, soll es eine Selbstverständlichkeit sein, dass jeder ein Recht auf einen Kindergartenplatz hat, unabhängig von der Herkunft. Muss man eine solche Selbstverständlichkeit nicht auch für das erwarten können, was Sie, Herr Cunitz, für den Städtebau und die Gestaltung öffentlicher Räume geschildert haben?“



Prof. Dr. Dittmar Machule, Olaf Cunitz, Friederike Beyer

**Olaf Cunitz:** „Diese Frage kann man einfach mit „Ja“ beantworten. Nur sieht die Realität oft anders aus. Diese Selbstverständlichkeit gibt es noch nicht, auch wenn sich in den letzten Jahren extrem viel getan hat. Zum Beispiel hinsichtlich des barrierefreien Umbaus des Öffentlichen Raums. Ich bin dann aber regelmäßig erstaunt, wie bei manchen Planungen doch wieder Probleme auftauchen. Teilweise unterlaufen auch Fachleuten Denkfehler, die dann viel Nachbearbeitung

nötig machen. Das Thema Barrierefreiheit wurde sicher noch nicht vollumfänglich auf allen Ebenen von Entwurf, Planung und Ausführung verinnerlicht. Vielleicht liegt es zum Teil auch an der Ausbildung von Architekten und Planern."

**Dr. Hanspeter Georgi:** „Ihre Ausführungen und die Frage von Herrn Fuchs haben drei Nachfragen provoziert. Herr Prof. Lademann, Frau Dr. Klein, Herr Prof. Alda, bitte in der Reihenfolge."



**Dr. Agnes Klein, Prof. Dr. Rainer P. Lademann**

**Prof. Dr. Rainer P. Lademann:** „Unter dem Aspekt der Barrierefreiheit wollte ich nochmal kurz darauf hinweisen, dass wir hier kein reines Behindertenthema haben. Es fängt bei Mutter, Vater und Kind an! Wenn Sie mit einem Kinderwagen durch die Stadt fahren und vor etlichen Treppenstufen stehen, ohne dass man da runterkommt, dann wundert man sich, dass die Diskussion der Barrierefreiheit erst im Rahmen der UN-Behindertenrechtskonvention so richtig Fahrt aufgenommen hat. Es sind also nicht nur Senioren und Behinderte betroffen, sondern auch Familien mit Kindern. Wir reden hier also über einen großen Teil unserer Bevölkerung."

**Dr. Hanspeter Georgi:** „Die von Prof. Lehr angesprochenen Pflastersteine gelten also nicht nur für Senioren und Rollstühle, sondern auch für Kinderwagen."

**Dr. Agnes Klein:** „Einer der Diskutanten sprach das Thema „Barrierefreiheit in den Köpfen“ an. Da will ich nochmal ein Beispiel aus Köln einbinden. In Köln haben wir eine Schule unter den Bedingungen des Denkmalschutzes bis unter die Dachbalken barrierefrei gebaut. Das Bauwerk hat um die 40 Mio. Euro gekostet. Vom Aufzug bis zu den Türschildern in Blindenschrift ist alles komplett behindertengerecht. Das ist eine Schule, die mir schon seit langem erklärt, dass das Thema Inklusion gerade nicht in das pädagogische Konzept passt. Dann haben wir eine andere Schule, die überhaupt nicht barrierefrei ist. Der Altbau gibt es noch nicht her, die Sanierung ist aber geplant. Die Schule möchte sehr gerne inklusiv sein und Kinder mit Behinderungen unterrichten. Diese beiden Beispiele zeigen, dass wir natürlich sehr viel über Barrierefreiheit in Bauwerken reden, allerdings die Barrierefreiheit in den Köpfen mindestens genauso wichtig ist. Wir müssen das Thema also nicht nur in der Ausbildung von Architekten berücksichtigen, sondern in der gesamten Gesellschaft. Nur das Bauen alleine ist es leider nicht."

**Dr. Hanspeter Georgi:** „Wenn man jeder Zielgruppe gerecht werden wollte, wenn man allen Herausforderungen und Anforderungen gerecht werden möchte, dann verdrängt man das, was wir als gesellschaftliche Solidarität bezeichnen."

**Prof. Dr. Willi Alda:** „Es ist viel von den Forderungen verschiedenster Gesellschaftsgruppen gesprochen worden. Es ist auch viel über die Kristallisationspunkte aus den einzelnen Bevölkerungsgruppen und auch aus den Stadtteilen gesprochen worden. Ich glaube, wir sollten uns hüten, in den gleichen Irrtum bei dem Thema Flüchtlinge, Asylanten usw. zu verfallen, wie wir das schon mal gemacht haben – nämlich bei den Gastarbeitern. Von diesen gingen viele nicht – wie erwartet – zurück in ihre Herkunftsländer, sondern sind bei uns geblieben. In Analogie werden viele

Flüchtlinge unser Land ebenfalls nicht mehr verlassen, das bedeutet wiederum erhebliche Anstrengungen unsererseits in vielfältiger und nachhaltiger Art."

**Arved Fuchs:** „Herr Cunitz brachte das schöne Beispiel der Bordsteinkanten, an denen sich dieser Dissens entwickelte. Ich glaube, es sind eben nach wie vor – und das ist das Kernthema – die Bordsteinkanten, die sich in den menschlichen Köpfen befinden. Bauliche Maßnahmen durchzuführen, ist das notwendige Korrektiv, so dass sie rollstuhlgerecht sind oder Familien mit Kinderwagen überall hinkommen. Das ist ein erforderliches Korrektiv, was aber dann zu einer Selbstverständlichkeit wird, wenn eben wirklich die Problematik verstanden wird und wenn die Akzeptanz der breiteren Bevölkerung vorhanden ist. Dieses Problem, das Herr Prof. Alda ansprach, mit den Gastarbeitern: Ich fand diese Begrifflichkeit schon immer sehr entlarvend. Es kommen Menschen zu uns, die hier arbeiten und leben, und als Gastarbeiter bezeichnet werden. Das geht auch heute noch so flott über die Lippen. Das ist etwas, was mich immer irritiert hat. Ich komme aus einer Kleinstadt, wo es viele dieser so genannten Gastarbeiterfamilien gab. Ich weiß auch um die Integrationsprobleme, die es damals gab. Heute hat sich die zweite Generation, die Kinder und Kindeskiner dieser damals zugereisten Familien, wunderbar integriert, und sie leben ganz selbstverständlich hier. Es fand aber auch immer so eine Art Ghettoisierung statt. Man lebte unter sich und brachte einen Teil seiner Kultur von zuhause mit. Wahrscheinlich auch, weil man sich damit identifizierte und in einer ansonsten fremden und teilweise auch abweisenden Welt nicht ohne Weiteres zurechtkam. Ich habe es vorhin schon in einem kurzen Gespräch erwähnt: Ich bin viel im Ausland unterwegs und erlebe es immer wieder, dass dieses Phänomen auch in anderen Ländern auftritt. Auch z. B. bei Deutschen, die in Chile leben. Da gibt es den Club Alemán, wo noch heute ein altes Bild von Hindenburg an der Wand hängt, und man glaubt, das sei das moderne Deutschland. Letztendlich ist da der Anschluss verpasst worden. Deshalb ist es so wichtig, dass die Bordsteinkanten in den Köpfen weg kommen.“

In Dänemark gibt es ganz spannende Projekte, wo die Zuwanderer sprachlich und kulturell auf ihre neue Heimat vorbereitet werden. Auch ich glaube, dass viele der Flüchtlinge hier bleiben werden. Und ich glaube, dass das bei der Überalterung unserer Gesellschaft sehr willkommen ist, wenn junge Familien hierher kommen und die Eltern in das Berufsleben einsteigen. Das setzt einen breiten Konsens in der Gesellschaft voraus.

Wir müssen aber auch versuchen diese Familien, die traumatisiert mit furchtbaren Erlebnissen hierher kommen, irgendwie zu integrieren und ihnen nicht einfach nur Wohnraum zu schaffen, wie wir das früher schon gemacht haben. Wohnraum ist eine Selbstverständlichkeit! Doch darüber hinaus ist eine menschliche Einbindung in die Abläufe, die unsere Gesellschaft kennzeichnen, erforderlich.

**Dr. Hanspeter Georgi:** „Vielen Dank, Herr Fuchs. Ich denke, das ist sicherlich eine Aufgabe für das Quartiersmanagement. Vielleicht wird Prof. Schädler darauf später nochmal eingehen. Herr Schätzing, Sie haben ja die verschiedenen Aspekte von Inklusion und die verschiedenen Zielgruppen gehört. Bitte Ihr Kommentar als Schriftsteller und Autor.“

**Frank Schätzing:** „Ich bin kein Experte für inklusive Quartiersentwicklung und habe die Diskussion darum sehr interessiert verfolgt. Spannend. Trotz der vielen verschiedenen Meinungen, Aspekte und Handlungsansätze haben wir so etwas wie Konsens erzielt, was mich bei aller Freude misstrauisch stimmt. Denn Konsensbildung am runden Tisch verleitet schnell zu der Annahme, der Rest der Menschheit sähe, was da im exklusiven Kreis besprochen wurde, genauso.“

Fakt ist: Zurzeit wird das Wort „Inklusion“ inflationär oft verwendet. Fakt ist auch, dass die meisten Leute auf der Straße mit den Schultern zucken, wenn man sie darauf anspricht. Wieder so



Dr. Bernd Thiemann, Frank Schätzing

ein Begriff, der im Fundus nicht verstandener Begrifflichkeiten zu landen droht, der sinnentleerten Benutzung sind jedenfalls keine Grenzen gesetzt: „Inklusion, hat das nicht letzte Woche der Klemptner bei mir gemacht?“

Also was bedeutet das Wort tatsächlich? Aus den Diskussionen, die ich in den Medien verfolge, verstehe ich mittlerweile, Inklusion beschäftigt sich mit Behinderten, mit Senioren, Menschen mit Migrationshintergrund und Asylsuchenden, sozialen Brennpunkten, Schwulen und Lesben. Der Kölner fragt sich bang, ist sogar Düsseldorf ein Fall für Inklusion? Das Problem dabei ist, dass sich der Kern der sogenannten „intakten Gesellschaft“ in Abgrenzung zu diesen vermeintlichen Randgruppen immer mehr einengt. Bloß, wenn das tatsächlich so ist – was verstehen wir dann eigentlich unter Gesellschaft? Offen gesagt, mir gefällt diese ganze Aufsplittung nicht. Die Folge ist ein Sonderbudget nach dem anderen, zwar mit der hehren Absicht, den sogenannten Randgruppen Gutes zu tun, ohne sie jedoch als Teil einer intakten Gesellschaft zu betrachten.

Und so dürfen wir nicht denken. Unser Ansatz muss ein anderer sein, nämlich dass wir gerade erst durch Vielfalt zur intakten Gesellschaft werden! Sprich, der Sinn von Inklusion kann nicht sein, Außenseiter einzugliedern, sie muss vielmehr Konzepte liefern, dass der Begriff des Außenseiters gar nicht erst aufkommt.

Der erste Schritt zur Inklusion ist deshalb für mich, die Trennung zu überwinden zwischen „Wir“ und „Die da“. Was mit der Aufgabe beginnt, beiden Seiten die Befangenheit zu nehmen, aus der Vorurteile überhaupt erst erwachsen. Der „zu Inkludierende“ wird vorrangig immer noch als andersartig betrachtet – und betrachtet im Gegensatz auch sein Umfeld als andersartig. Akzeptanz kann aber nur in einem offenen Geist reifen. Toleranz reicht da nicht, dieses freundlich unverbindliche Nebeneinanderherleben. Wir sollten zusammenrücken und einander mit aller Selbstverständlichkeit als Teil derselben Gesellschaft betrachten.



Dafür müssen die Mitglieder dieser Gesellschaft lernen, sich in den anderen hineinzusetzen. Unser Bildungssystem hat diesbezüglich nicht viel anzubieten, aber letztlich funktioniert es über Bildung. Das Trennende resultiert ja meist daraus, dass wir nicht in der Lage sind, die Welt mit den Augen des anderen zu sehen. Aber das kann man lernen. Frau Bruhn hat als Beispiel genannt, man solle sich ruhig mal in den Rollstuhl setzen und durch die Stadt fahren. Gute Idee. Vielleicht müsste man auch mal ein paar Tage in einem Asylantenheim wohnen. Tut man aber nicht. Wie schaffen wir es also, beispielsweise Jugendliche dafür zu interessieren, in die Haut des anderen zu schlüpfen? Und zwar so, dass es Spaß macht! Den Sportsgeist weckt. Man kann alles unterhaltsam aufbereiten, warum also nicht virtuelle Rollenspiele entwickeln, in denen man mal der Rollstuhlfahrer ist, mal der Blinde, mal der Asylant, der Transsexuelle oder schlicht der Senior? Punkte machen durch Empathie. Und Empathie ist mehr, als Budgets abzuzweigen für den Bau von Rollstuhlrampen.

In der Diskussion vorhin fiel die Bemerkung, man dürfe für einige Behinderte nicht das Stadtbild „verschandeln“. Abgesehen davon, dass man es für niemanden verschandeln sollte, was Kölner Stadtplaner traditionell gern ignorieren, sind Behindertenrampen in der Tat nicht unbedingt eine Verschönerung. Aber warum nicht? Weil da jemand pflichtschuldigst was hinklotzt, was er im Grunde gar nicht will. So sieht es dann auch aus.

Aber wie wäre es mit einem Kreativwettbewerb? Laden wir doch die besten Designer der Welt ein und lassen sie Behinderteneinrichtungen entwerfen, die das Bild nicht beeinträchtigen, sondern im Gegenteil verschönern. Die Japaner haben das längst vorgemacht. In einem Land, dessen Menschen gewohnt sind, alles dem Primat der Ästhetik zu unterwerfen, finden sie Behinderteneinrichtungen, die man nur als cool bezeichnen kann.

Kurz, wir sollten die Vielfalt unserer Gesellschaft als Bereicherung betrachten und nicht als notwendiges Übel. Vom Rollstuhlfahrer bis zum Migranten. Verschiedenheit ist nicht bedrohlich. Sie



Prof. Dr. Rainer P. Lademann, Edwin Schwarz

ist ein belebendes Element, ohne das eine Gesellschaft stagniert. Bevor wir also das Wort Inklusion in unserem Sprachschatz versenken, sollten wir uns mit der Frage auseinandersetzen, warum wir uns mit dem, was Inklusion ausmacht – wirklich ausmacht, in all ihren Facetten! –, so schwer tun. Was hemmt uns im Innersten, uns mit anderen zu identifizieren? Woher kommen unsere Ängste? Was lässt die Pegidas und die Tröglitze dieser Welt entstehen?

Da müssen wir ansetzen, um eine lebendige Stadt zu entwickeln, in der das Gemeinschaftliche das Trennende überwiegt.“

**Dr. Hanspeter Georgi:** „Mich erinnert das an eine Sache, die scheinbar nicht durchsetzbar ist. Das Thema Religionsunterricht. Als junger Mann habe ich nie verstanden, warum wir Religionsunterricht im Sinne von Konfessionsunterricht bekommen haben und nie im Sinne von Religionenunterricht. Wir sind nicht mit den Religionen dieser Welt konfrontiert worden, sondern nur mit einer Konfession – und das auch noch getrennt nach evangelisch und katholisch. Da fängt es aber vielleicht schon an. Vielleicht gehört es zu einem modernen, jungen Quartier, mal einen Religionenunterricht anzubieten? Zumindest darüber nachdenken sollte man und es vielleicht in einer Schule mal probieren. Ethik-Unterricht geht da schon in die Richtung, ist aber möglicherweise nicht tiefgreifend genug. Herr Kraemer, wie reagiert ein Architekt auf alle die Anforderungen, die hier formuliert wurden?“

**Kaspar Kraemer:** „Als Architekt fühle ich mich natürlich in vielerlei Hinsicht angesprochen, will mich aber speziell auf den Aspekt der Ästhetik und Gestaltung konzentrieren. Herr Schätzing hat ihn eben in seinem Statement schon sehr gut angesprochen: Funktionalität und Ästhetik müssen sich nicht ausschließen. Das sehe auch ich nach wie vor als ganz entscheidenden und wichtigen Punkt. Wenn wir über Inklusion und Gestaltung von Quartieren sprechen, frage ich mich immer, was am Ende das Bild ist, das uns entgegentritt. Wie ist das Bild, die Erscheinung unserer Städte, unserer Quartiere, unserer Gebäude? Und das berührt die Frage der Gestaltung, der Ästhetik. Bei der lebendigen Stadt geht es nicht nur darum, dass alles funktioniert, hält, preiswert ist und termingerecht fertig wird, sondern entscheidend darum, wie sie aussieht.

Als Architekten müssen wir unglaublich viele Parameter in unsere Planungen integrieren. Ob Schallschutz, Wärmeschutz oder die Belange der Behinderten – es sind ja schon sehr, sehr viele Anforderungen zu Gesetzen und Vorschriften geronnen, die auch umgesetzt werden. Es gibt DIN-Normen, Richtlinien, Vorschriften und Erlasse zu allen Aspekten des Bauens, so natürlich auch zu den Fragen des behindertengerechten Bauens. Ein Architekt muss also ganz viele, häufig divergierende, antagonistische Momente in seine Arbeit integrieren. Mein Petitum ist, dass der Aspekt der Gestaltung, der Ästhetik, nicht aus dem Blick fallen darf. Er muss natürlich abgewogen werden gegen die Fragen der Funktionalität und Wirtschaftlichkeit. Aber immer bleibt am Ende das Bild entscheidend. Wenn wir den jeweiligen Einzelinteressen gerecht werden, z. B. den Interessen der Behinderten, dann kann es nicht sein, dass darüber die Gestaltung vergessen wird. Es kann nicht sein, dass vor ein denkmalgeschütztes Gebäude mit einer Stufenanlage eine Zinkrampe genagelt wird, ohne Rücksicht auf die ästhetische Erscheinung des Bauwerks.

Ich finde auch, dass wir an einem unglaublichen Maß an Beschilderung leiden. Wenn wir dann noch alle Belange der Behinderten zusätzlich beschildern müssen, dann erreichen wir irgendwann einen Punkt, wo das Auge abschaltet.

Das gilt auch für die Inklusion der Fahrradfahrer. Da werden rote Streifen auf die Straßen gemalt, die dann mit den Taktilstreifen der Behinderten, die über weiße Noppensteine zur Ampel geleitet werden, konfliktieren. Es entsteht so eine Zerfetzung des Bildes des öffentlichen Raumes, die man meiner Meinung nach nicht akzeptieren darf!

Ich stimme Herrn Cunitz zu, der vorhin hervorhob, dass wir die Städte nicht nur einseitig aus den Aspekten der Behinderten gestalten können. Meiner Meinung nach muss das Thema der Gestaltung viel stärker in der ganzen Frage von Inklusion oder Integration berücksichtigt werden. Es ist entscheidend, wie unsere Städte im Bild erscheinen und dieses Bild muss eben auch ästhetischen Ansprüchen genügen. Ohne das ästhetische Moment ist eine Stadt für niemanden wirklich lebenswert."

**Dr. Hanspeter Georgi:** „Bevor ich Prof. Schädler als Wissenschaftler nun bitte, das zusammenzubinden, möchte ich Herrn Bauer noch einmal zu Wort kommen lassen.“

**Adolf Bauer:** „Ich hatte mir noch eine ganze Reihe an Beispielen ausgedacht oder vorgestellt, doch der Verlauf der Diskussion zum Schluss hat mich ein bisschen erschrocken. Verschieden sein ist normal und behindert sein können wir alle oder jetzt in den nächsten 30 Minuten werden. Gerade Mobilitätseinschränkungen sind ein großes Problem. Das hat mit geistiger oder sonstiger Behinderung gar nichts zu tun. Ästhetik und Menschenwürde sollten nicht unbedingt in Gegensatzlichkeit gesetzt werden. Ich glaube, die Problematik für Menschen mit Behinderungen und Mobilitätseinschränkungen muss im Vordergrund stehen. Der ästhetische Gesichtspunkt ist in vielen Gelegenheiten sicher wichtig, aber er darf nicht auf Platz Eins der Überlegungen stehen. Die UN-Behindertenrechtskonvention hat ziemlich deutlich gemacht, worauf es ankommt. Wir sollen darauf achten, dass wir diesen Gesichtspunkt der Verschiedenheit als Normalität betrachten. Dann gibt es nicht „Teile der Gesellschaft“, sondern wir sind alle verschieden. Parallelstrukturen sind auf Dauer teurer als die Normalität so auszugestalten, dass sie alle Menschen entsprechend ihrer Bedürfnisse zufriedenstellt.“

**Dr. Hanspeter Georgi:** „Vielen Dank. Herr Prof. Schädler, gibt es einen ganzheitlichen Ansatz? Kann man ein inklusives Quartier ganzheitlich planen?“



Prof. Dr. Johannes Schädler, Prof. Dr. Willi Alda

**Prof. Johannes Schädler:** „Die Frage, ob und wie man ein inklusives Quartier ganzheitlich planen kann, ist im hier gegebenen Rahmen nur sehr skizzenhaft zu beantworten, da mehrere Ebenen in den Blick genommen werden müssen: u. a. die strukturell-politische Ebene, die normativ-konzeptionelle Ebene und die Ebene der lokalen Planung. Meine Ausführungen stehen für eine sozial-

planerische Sicht, die durch die Diskussion zur kommunalen Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention für den Leitbegriff der Inklusion sensibilisiert wurde.

Ich möchte mit einem grundsätzlichen Gedanken zur strukturellen Ebene beginnen. Es ist un schwer zu erkennen, dass jenseits formaler Zuständigkeiten die Bedeutung der Kommunen für die Bearbeitung eines breiten Spektrums sozialer oder infrastruktureller Aufgaben gewachsen ist. Über Prozesse der Rekommunalisierung sind neue Themen (wie z.B. Bildung, Gesundheit oder Energie) auf die kommunalen Tagesordnungen gekommen oder bestimmte Themen sind zurückgekommen (z.B. Behinderung). Dies ist aus meiner Sicht Ausdruck gesellschaftlicher Demokratisierungsprozesse, weil dadurch die Partizipationsmöglichkeiten von Bürgerinnen und Bürgern erweitert werden. Die kommunalpolitische Ebene ist die Ebene, die dem Bürger am nächsten steht. Aber nicht nur Richard Sennett, der renommierte Stadtsoziologe, sieht die Gefahr, dass in Anbetracht wachsender gesellschaftlicher Ungleichheit und sozialer Spannungen „das Lokale zum Müllheimer ungelöster sozialer Probleme wird“. Wie kann dem entgegengewirkt werden, ohne das Potenzial des örtlichen Engagements zurückzudrängen? Die Antwort liegt doch darin, dass die hier in Rede stehende Inklusiv Quartiersentwicklung in einem politischen Mehr-Ebenen-Ansatz konzipiert werden muss, in dem die kommunale Ebene, die Landesebene, die nationale und die europäische Ebene ihre sozialstaatliche Verantwortung angemessen wahrnehmen. Das abstrakte Postulat des Mehr-Ebenen-Ansatzes wird rasch konkret, wenn es darum geht, unter Heranziehung verschiedener Programme der Infrastrukturförderung und der Systeme der Sozialen Sicherung Wohnquartiere so zu gestalten, dass gleichberechtigte Teilhabe verschiedener sozialer Gruppen möglich wird.

Dies verweist auf meinen zweiten Punkt, in dem ich Ausführungen zum Inklusionsbegriff machen will. Mit der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) 2009 durch die Bundesregierung wurde Inklusion auch in Deutschland zu einem politischen Begriff, der für die volle Einbeziehung und uneingeschränkte Teilhabe aller Bewohner/innen eines Territoriums am gesellschaftlichen Leben steht. Gleichzeitig wurde Inklusion in der Sozialen Arbeit, insbesondere im Bereich der Rehabilitation zu einem fachlichen Leitprinzip weiterentwickelt. Die Chance des Inklusionsbegriffes ist es, dass damit der Gesamtentwicklung eines Sozialraums im Hinblick auf a) barrierefreie Infrastruktur in Wohnquartieren, b) der Ausgestaltung des sozialen Zusammenlebens und der gemeinsamen Sorge und c) dem Leistungsgeschehen bzw. der Praxis Sozialer Dienste für Menschen mit unterschiedlichen sozialen Problemen, Behinderungen sowie anderer diskriminierungsgefährdeter Personengruppen ein gemeinsamer Handlungsrahmen gegeben werden kann. Der Inklusionsbegriff ist in seiner Weite ideologiefähig insofern, als er in Teilen dazu neigt, den Diskurs um Ungleichheit und Ungerechtigkeit zu verdrängen. Die Fragen der Zugehörigkeit werden rasch den Fragen der Gerechtigkeit vorgeordnet.

Wichtig ist es daher, Inklusion und Teilhabe in einem sich ergänzenden Verhältnis zu sehen. Inklusion richtet sich als normative Vorgabe primär an den öffentlichen Raum mit seinen Systemen, Organisationen und Einrichtungen, wo Bedingungen so zu schaffen sind, dass alle Menschen teilhaben können. Teilhabe bezieht sich auf die individuellen Möglichkeiten der Einzelnen, ihre Bedürfnisse und Interessen zu verwirklichen, unabhängig etwa von gesundheitsbedingten Beeinträchtigungen, Alter, Geschlecht, Rasse oder sexueller Orientierung. Menschen können aus verschiedenen Gründen Probleme haben, ihre Rechte auf gleichberechtigte Teilhabe wahrzunehmen und sind auf Soziale Dienste angewiesen. Inklusiv Quartiersentwicklung eröffnet die Möglichkeit, diese Dinge im Sinne eines Querschnittsansatzes stadtplanerisch zusammen angehen zu können.

Mein dritter Punkt enthält konzeptionelle Überlegungen zu inklusiver Quartiersentwicklung und kommunaler Planung. Inklusionsorientierte Stadtplanung muss allgemeine und fachplanerische

Ansätze aus verschiedenen Bereichen mit bürgerschaftlichem Engagement verbinden. Wir haben uns im Zentrum für Planung und Evaluation Sozialer Dienste (ZPE) der Universität Siegen intensiv damit befasst, wie Kommunen die UN-Behindertenrechtskonvention umsetzen können. Die kommunale Ebene ist im Staatsaufbau die politische Ebene, die unmittelbar in der Verantwortung steht, Barrierefreiheit im öffentlichen Raum herzustellen. Das „Quartier“ als gewachsener sozialer Nahraum ist davon noch abzugrenzen. Städtisch Quartiere weisen eine spezifische sozialräumliche Infrastruktur auf und eine spezifische soziale und ökonomische Zusammensetzung, bestimmte Eigensinnigkeiten und typische Formen von Gemeinschaftlichkeit. Die Bedingungen der Barrierefreiheit in einem Quartier sind für manche Gruppen wichtiger als für andere. Die Frage ist, ob bzw. in welchem Maße das Bewohnen eines gemeinsamen Territoriums gleichzeitig damit einhergeht, dass man gemeinsame Interessen ausbildet.

Inklusive Quartiersentwicklung setzt die Vorstellung voraus, dass es eine Gemeinschaft gibt, die das Interesse hat, ihren sozialen Nahraum gemeinschaftlich zu entwickeln. Eine wichtige sozialplanerische Erfahrung ist, dass die Vorstellung gemeinschaftlicher Interessen von Quartiersbewohner/innen so nicht oder nur in Teilen gegeben ist, aber über Prozesse partizipativer Planung entwickelt werden kann. Solche Prozesse der Zielfindung und Aushandlung verschiedener Akteure im Quartier können auch konfliktuell sein. Neue Bewohnergruppen oder infrastrukturelle bauliche Veränderungen sind immer damit verbunden, dass Interessen anderer berührt werden. Der soziale Raum ist in seiner Beschaffenheit auch immer Ergebnis von „Verteilungskämpfen“. Diese Verteilungskonflikte sind Ausdruck legitimer Interessen, wobei die Frage von Gewinnern und Verlierern auch begleitet sein kann von einem Nachdenken darüber, was Gewinnen und Verlieren in einer kollektiven Perspektive bedeuten kann. Mir ist wichtig, dass bei Prozessen der Quartiersplanung solchen Konfliktprozessen Raum gegeben wird und für ihre Bearbeitung und Aushandlung entsprechende Foren und Formen gefunden werden.

Als letzten Punkt möchte ich darauf zu sprechen kommen, warum Quartiersentwicklung eine Adresse braucht! Festgestellt werden kann, dass Quartiersentwicklung zwar Adressat/inn/en, das Quartier selbst aber meist keine Adresse hat! Wer also ist das Quartier? Das Quartier ist ein Konstrukt, das zunächst aus sich selber heraus nicht handlungsfähig ist. Eine systematische Quartiersentwicklung bedarf der bewussten Initiierung. Sie braucht auch einen institutionalisierten Kern, in dem sich das Quartier konkretisiert und der zum symbolischen und praktischen Motor der Quartiersentwicklung werden kann. Gefragt sind Ideen und Beispiele für solche institutionalisierte Quartierskerne, die Gemeinschaftlichkeit stiften können und von denen Quartiersentwicklungen ausgehen können. Ansatzpunkte finden sich in Stadtteilzentren, Bürgertreffpunkten oder auch Mehrgenerationen- oder Quartiershäusern, wie sie im Kontext des Kuratoriums der Deutschen Altenhilfe entwickelt wurden. Zu überlegen wäre, wie verschiedene Beratungs- und Dienstleistungsangebote oder kulturelle Angebote, Tagescafé und Mittagstisch, Pflegestützpunkte, religiöse Angebote etc. in einer Quartiersperspektive verknüpft werden können. Planung – so die These –, passiert nicht im Selbstlauf, sondern bedarf der Initiierung und einer flexibel auszugestaltenden kommunalen Federführung.“

**Dr. Hanspeter Georgi:** „Herr Prof. Schädler, bitte erlauben Sie mir die Nachfrage, warum das Instrumentarium der „Business Improvement Districts (BID)“ bei der Weiterentwicklung von Quartieren in Ihren Forschungen keine Rolle spielt. Das hat mich gewundert. Gibt es einen Grund dafür?“

**Prof. Johannes Schädler:** „Mir ist es wichtig, dass die Quartiersentwicklung den Inklusionsgedanken ernst nimmt. Der Inklusionsbegriff ist ein normativer Begriff. Der muss planerisch gefüllt werden, indem man die Barrierefreiheit der Infrastruktur verbindet mit der Idee der inklusiven Erziehung, mit dem sozialen Leistungsgeschehen oder auch mit Fragen der ökonomischen Ent-





Prof. Dr. Willi Alda, Bärbel Schomberg, Dr. Bernd Thiemann

wicklung. Das geschieht bisher zu wenig, ist aber auf Quartiersebene auch schwer zu leisten. Ihre Frage verweist m.E. aber dennoch auf einen zentralen Punkt, nämlich auf die (wieder) gewachsene Bedeutung der allgemeinen kommunalen Entwicklungsplanung. Hier ist m.E. eindeutig festzustellen, dass zunehmend mehr Kommunen, seien es kreisfreie Städte, Kreise oder auch größere kreisangehörige Städte und Gemeinden wieder den Mut finden, mittelfristig angelegte, Politikfeld-übergreifende Entwicklungskonzepte zu erarbeiten, die gesellschaftliche, infrastrukturelle, soziale und ganz klar auch Zukunftsvorstellungen zur örtlichen bzw. interkommunalen Wirtschaftsentwicklung enthalten. Es ist zu hoffen, dass diese Tendenz sich verfestigt, und ich nehme Ihre Frage auch als Impuls an die Sozialplanung mit, wirtschaftliche Aspekte in der Inklusionsdebatte stärker zu berücksichtigen.

**Dr. Hanspeter Georgi:** „Steht das auf der Agenda des Städtetags, Frau Dr. Lohse?“

**Dr. Eva Lohse:** „Ich habe mich nochmal gemeldet, weil ich nochmal aus Sicht der kommunalen Ebene, die ja auch vielfach angesprochen wurde, das Thema beleuchten wollte. Ich habe hier heute am „Runden Tisch“ mitgenommen, dass das Thema Inklusion in vielen unterschiedlichen Bereichen relevant ist und zwar besonders auf der kommunalen Ebene, weil da Politik erlebbar wird. Ich habe auch mitgenommen, dass wir hier ein gemeinsames Verständnis haben, dass Inklusion mehr als Integration ist. Wenn zu Integration der Gegenbegriff Segregation ist, dann ist er das nicht als Gegenbegriff zur Inklusion.“

Wir müssen und wollen, und ich glaube das war auch hier am „Runden Tisch“ einheitliche Meinung, ein Klima der Offenheit und Toleranz schaffen. Alle Menschen sollen sich in ihrer Verschiedenheit wohlfühlen und entfalten können. Wenn ich dieses Klima zugrunde lege, dann möchte ich einen Aspekt ansprechen, bei dem ich glaube, dass sich jetzt dieses Thema Inklusion – und ob uns das richtig gelingt? – bewahrheiten muss und wo wir vor einer echten Bewährungsprobe stehen. Das ist das Thema „Aufnahme von Flüchtlingen und Asylbewerbern“! Da bin ich bei dem Eingangsstatement von Frau Özoguz. Wir müssen uns mit der Unterbringung von Flüchtlingen



Jan Bettink, Aygül Özkan, Dr. Thomas Schäfer

beschäftigen. Wir müssen uns aber auch damit beschäftigen, wie wir die Akzeptanz der Menschen und dieses Klima der Inklusion erhalten. Es ist im Moment da, aber es ist in Gefahr. In diesem Bereich, der Aufnahme von Asylbewerbern und Flüchtlingen, wird es sich beweisen, ob es uns gelingt. Und wenn es uns da gelingt, dann auch anderswo. Da werden wir Debatten führen müssen, die schwierig werden können. Aber das ist notwendig, und dafür brauchen wir Mut. Bei dem Behindertenthema „Ethik gegen Ästhetik“ werden wir diskutieren müssen. Und das werden wir auch bei der Aufnahme von Asylbewerbern und Flüchtlingen. Wir haben hier die relevanten Aspekte angesprochen. Die sind nicht immer einfach, die Debatten. Ich habe in meiner Stadt gemerkt, dass wir offen sein müssen. Wir müssen den Menschen die Wahrheit sagen und wir müssen intelligente Lösungen anbieten. Wir haben Quartiere, da kann ich definitiv keine alleinstehenden Männer mehr unterbringen – dann ist die Integrationskraft überfordert. Das ist unpopulär, so etwas zu sagen, aber wir müssen die Debatten führen. Wir müssen Mut haben. Auch bei der Verteilung der Flüchtlinge. Sie haben recht, wir können nur intelligent verteilen, da wo es auch intelligent zu verteilen ist. Wenn wir vorab berufliche Profilings in Sammelunterkünften machen und dann zum Beispiel in einem Chemie-Cluster, wie in unserer Stadt, entsprechend vorgebildete Menschen unterbringen, dann sind die natürlich viel schneller zu integrieren. Diese Debatten sind unpopulär und nicht attraktiv, da brauchen Sie Kraft und Mut, aber wir müssen sie führen. Ich glaube, das gilt für das ganze Thema Inklusion. Es sind immer unpopuläre und schwierige Debatten, aber das sind wichtige gesellschaftliche Debatten und die müssen wir führen, damit wir dieses Klima der Inklusion auch wirklich gut leben. Und das ist auch mein Petitum, dass Sie diese Debatten führen. Natürlich haben Länder unterschiedliche Interessen und natürlich verteilt es sich sehr einfach nur nach Einwohnerzahl. Das kann aber nicht die Verteilung sein. Wir haben Großstädte, die sind schlicht überfordert. Wir haben Großstädte in finanzieller Schieflage – da geht das nicht mehr. Wir brauchen intelligente, andere Lösungen. Ich glaube, wenn wir diese gesellschaftlichen Debatten führen, dann werden wir dieses Klima erhalten können und ich denke, darum geht es uns in den Städten.“

**Dr. Hanspeter Georgi:** „Den Appell nehmen wir gerne mit. Herr Dr. Mattner, haben Sie die Kraft und den Mut, das heute Erlebte in die Stiftungsarbeit einfließen zu lassen?“

**Dr. Andreas Mattner:** „Die habe ich! Die Frage ist, wie wir als Stiftung mit diesem Thema umgehen. Ich beginne dort, wo wir mit der Diskussion gestartet sind.“

Es ist ungefähr zwei Jahre her. Alexander Otto und ich bemerkten, dass sich die Diskussion zu Inklusion in der Stadtentwicklung nicht nur auf Bildung und Barrierefreiheit beschränkt. Sein Haus und ein weiterer großer Investor waren mit einem großen Quartier in Hamburg befasst – der „Mitte Altona“. Dort konnten wir erste Erfahrungen zur Differenziertheit des Themas sammeln. Ich habe es dann in den Stiftungsvorstand mitgenommen, wo wir sehr erfahrene Leute haben. Zum Beispiel Prof. Machule, der sein Leben lang Stadtentwicklung führend gelehrt hat oder Peter Harry Carstensen mit seiner kommunalpolitischen Erfahrung. Wir haben den Begriff Inklusion diskutiert und waren sehr schnell der Meinung, dass er viel breiter geworden ist und dass wir ihn in seiner Breite hier zur Diskussion stellen müssen. Wir ahnten damals noch nicht, vielleicht auch bis zu dieser Diskussion hier nicht, wie vielschichtig er wirklich ist. Ich glaube nicht, Herr Prof. Lademann, dass wir schnell in Beliebigkeit ausufern. Im Gegenteil, es gibt sicher noch mehr Tiefgang.

Weshalb sage ich das? Hier zeige ich Ihnen eine Broschüre, die 2012 für die „Mitte Altona“ von der Stadt zusammengestellt wurde. Hier sind verschiedene Maßnahmen enthalten, wie dieses große Quartier, das 3.000 bis 4.000 Wohnungen haben wird, gestaltet werden soll. Es sind weitere städtebauliche Aspekte enthalten. Etwa das Wohnen für unterschiedliche Schichten der Bevölkerung – Sie alle haben davon gehört, dass es in Hamburg, aber auch schon in anderen Städten, den Dreitmix gibt, bei dem ein Drittel Sozialwohnungsbau realisiert wird. Das hat noch viel mehr Aspekte. Wohnumfeld und Mobilität spielen dabei eine Rolle. Soziale Infrastruktur, Kultur, natürlich auch Inklusion in Kitas und Schulen – das klang schon bei Frau Dr. Klein im Kölner Beispiel an. Gesundheit und Pflege im Quartier, Frau Prof. Lehr, sind hier mit enthalten. Erwerbsarbeit und lokale Ökonomie und vieles mehr. Insgesamt sind es 30 inklusive Maßnahmen, die dort verwirklicht werden sollen. Allerdings gibt es noch Lücken, die man nach unserer Diskussion erkennen kann. Frau Prof. Lehr sprach vorhin das Thema „öffentliche Toiletten“ an. Das ist genauso wie „Sport“ als integrierende Kraft nicht enthalten. Was will ich damit sagen? Wir sind noch immer am Anfang, bestenfalls in der Mitte dieser Diskussion, um diese Quartiere weiter nach vorne zu bringen.

Was werden wir jetzt also tun? Wir werden uns im Vorstand weiter beraten und die Inhalte der heutigen Diskussion aufbereiten. Wir haben diese Veranstaltung mitgeschnitten und werden sie auf Papier bringen und uns selber, der Stiftung und Interessierten zur Verfügung stellen. Unsere Stiftungs-Homepage bietet dazu ein Tool, sie wird häufig besucht. Wir haben Tausende von Klicks. Man interessiert sich für die Themen, die wir auf unsere Homepage stellen, so wird es hier ebenfalls sein. Wir werden es kurzfristig in einem Berichtsartikel für unser Journal zusammenfassen und der Presse zur Verfügung stellen. Im weiteren Schritt werden wir die mitgeschnittenen Erkenntnisse in die Arbeit einfließen lassen.

Wir werden uns überlegen, wie wir dieses Know-how den Städten zur Verfügung stellen. Ich brauche nicht weit zu schauen, hier sitzt die nächste Städtetagspräsidentin. Allein, dass sie heute an der Diskussion teilgenommen hat, ist schon ein Gewinn. Auf der anderen Seite sitzt hier mit Frau Özoğuz die Bundesregierung, wenn ich das mal so profan sagen darf, und einen Landesminister haben wir mit Dr. Thomas Schäfer auch mit am Tisch. Ich glaube, damit allein ist schon viel erreicht, um es in Bund und Land zu tragen. Wir werden uns im Kuratorium und natürlich auch mit Ihnen darüber Gedanken machen, ob das Thema „Inklusion in der Stadtentwicklung“ auch mal Teil eines Kongresses oder einer Fachveranstaltung sein kann.

Beim letzten Mal haben wir über Elektromobilität gesprochen. Da haben sich viele hier aus diesem Kreis engagiert. Sie können diese Veranstaltung im Herbst besuchen, wenn die „Lebendige



Frank Schätzing, Prof. Dr. Fritz Schramma

Stadt" sie in Berlin durchführen wird. So kann ich mir auch bei unserem heutigen Thema vorstellen, dass es eine ganze Menge Nachfolge geben wird. Also der Vorstand ist mit viel Arbeit und vielen Aspekten ausgerüstet. Wir gehen es jetzt an.

**Dr. Hanspeter Georgi:** „Ich bedanke mich bei den Experten und den Gremienmitgliedern für die Beiträge. Ich möchte jetzt keine Zusammenfassung geben, sondern mit zwei Zitaten schließen:

Wolfgang Thierse: „Sozial gerecht sind positive Maßnahmen, die die gesellschaftliche Inklusion fördern und soziale Exklusion verhindern. Das Mischungsverhältnis zwischen meritokratischen Prinzipien und der generellen gesellschaftlichen Solidarität muss dabei begründet werden.“

Mark Twain: „Kontinuierliche Verbesserungen sind besser als auf die Vollkommenheit zu warten.“





# Impressum

1. Runder Tisch der Stiftung „Lebendige Stadt“  
- INKLUSIVE QUARTIERSENTWICKLUNG -

**Redaktion:**

Prof. Dr. Dittmar Machule  
Timur Öztürk

**Gestaltung:**

Societäts-Verlag, Frankfurt am Main

**Fotos:**

Ulrik Eichentopf  
Kai Erne (Drohnenfotos)

**Internet:**

[www.lebendige-stadt.de](http://www.lebendige-stadt.de)

Hamburg, Dezember 2015



